

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,00 M.,  
in voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.,  
einschließlich 60 Pf. Poststempel und  
72 Pf. Postbetriebsgebühren. Auslands-  
abonnement 6,- M. pro Monat; für  
Länder mit ermäßigtem Druckschm-  
satz 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Donnerstags und Sonntags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“. Illustrierte Beilage „Welt  
und Zeit“, Ferner „Freundstimme“,  
„Takt“, „Wort in die Zukunft“,  
„Jugend-Vorwärts“ u. „Einzelbeilage“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einpaltige Kopierbeilage  
60 Pfennig. Kellereile 5.- Reichs-  
markt. „Kleine Anzeigen“ des ver-  
einigten West 25 Pfennig (gültig zwei  
Festdrucke Werte), jedes weitere Wort  
12 Pfennig. Einmalige des erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite  
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-  
geschäft Lindenstraße 3, wochenttäglich  
von 9<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 87 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, D. V. u. D. K. u. D. K., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

## Haushaltsauschuß aufgeflogen.

### Grobe Parteilichkeit des nationalsozialistischen Vorsitzenden.

Am Dienstagmorgen kam es im Haushaltsaus-  
schuß des Reichstags bei der Beratung des Etats des  
Reichsjustizministeriums infolge der parteiischen Ge-  
schäftsführung des stellvertretenden Vorsitzenden, des  
Abg. Reinhardt (Natsoz.) zu einem schweren Kon-  
flikt, in dessen Verlauf die Sitzung aufzog.

Abg. Rosenfeld führte als Sprecher der Sozialdemokratie u. a.  
aus, daß sich in der reichsgerichtlichen Rechtsprechung  
zum Hochverrat bisher trotz aller Kritik nichts geändert habe.  
Endlich habe man einmal einen Prozeß wegen nationalsozialistischer  
hochverräterischer Betätigung eingeleitet. Aber wie ganz anders  
habe sich dieser Prozeß abgepielt als die üblichen Hochverratsprozesse  
gegen Kommunisten. Zunächst habe man die Zahl der Angeklagten  
auf drei beschränkt. Diese drei, man möchte sagen, unglücklichen  
Offiziere seien doch offensichtliche Werkzeuge in den Händen von  
Drahtziehern der Nationalsozialistischen Partei. In diesem Prozeß  
seien selbst des Hochverrats Verdächtige als Zeugen vernommen  
worden. Der Höhepunkt sei gewesen, als man dem Hochver-  
räter Hitler das große Wort gestattet habe.

(Zuruf von nationalsozialistischer Seite: „Das wird Ihnen teuer  
zu stehen kommen.“) Abg. Biedermann: „Was soll das heißen?“

Das seien die üblichen Drohungen, die man schon gewohnt sei und  
über die man sich schon gar nicht mehr aufregt. Mit fast her-  
förmlicher Begründung wie in den üblichen Kommunistenprozessen  
könne man ohne weiteres auch Nationalsozialisten verurteilen, weil  
dazu ausreichende Beweismomente noch stärker seien als die der  
Kommunisten. Trotzdem geschehe nichts. Auch dem Herrn Goebbels  
nicht, der erst vor wenigen Tagen, wenn auch in verstedter Form,  
zu Gewalttätigkeiten aufgefordert habe. Es zeuge nicht von beson-  
derem Mute, wenn Goebbels seine Aufforderung zur Gewalttätig-  
keit in die Form gelleide, er fordere zwar niemanden auf,  
aber er könne auch nicht kontrollieren, was geschehe. Auch die Recht-  
sprechung in Landesverratsachen zu besagen. Der Fall Buller-  
jahn sei noch nicht geklärt. Beim Reichsgericht scheine sich weder  
innerlich noch äußerlich etwas geändert zu haben.

Der nationalsozialistische Abg. Schwarz-Wemmingen nannte  
Rosenfeld einen marxistischen Juden, der einer Partei  
angehöre, die seit Jahrzehnten systematisch Hoch-  
verrat gegen das Deutsche Reich betrieben habe,  
wie das schon in den verschiedensten Prozessen festgestellt worden sei.

### Ein parteiischer Vorsitzender.

Als der Vorsitzende nicht einschrift, wurde ihm von dem sozial-  
demokratischen Abg. Rohmann zugerufen: „Hören Sie denn gar  
nicht? Wissen Sie nicht, was Ihre Pflicht als Vorsitzender ist?“  
Als Reinhardt wieder nicht reagierte, bezeichnete Rohmann die  
Ausführungen von Schwarz als Verleumdung.

Abg. Kell (Soz.) fragte zur Geschäftsordnung den Vorsitzenden,  
warum er den Abg. Schwarz wegen seiner Beleidigungen nicht zur  
Ordnung gerufen hätte, die darin bestanden hätten, daß er den  
Abg. Dr. Rosenfeld beschimpfendweise einen marxistischen Juden  
genannt habe und der Sozialdemokratischen Partei vorgeworfen  
habe, daß sie planmäßig jahrzehntelang Hochverrat getrieben habe.  
Vorsitzender Abg. Reinhardt (Natsoz.) erwidert, diese Belei-  
digungen seien erst die Folge der Beleidigung des Parteiführers Adolf  
Hitler durch Abg. Dr. Rosenfeld gewesen.

Abg. Landsberg (Soz.): Adolf Hitler ist kein Reichstagsabge-  
ordneter!

Vorsitzender Reinhardt: Das ist gleichgültig. Wer Adolf Hitler  
beleidigt, beleidigt uns.

Abg. Kell (Soz.) fragt noch einmal, ob ein Ordnungsruf an den  
nationalsozialistischen Beleidiger erfolgen solle.

Vorsitzender Reinhardt: Nach dem Gesagten sehe ich hierzu keinen  
Anlaß.

### Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.

Abg. Kell (Soz.) erklärt hierauf, daß die sozialdemokratischen  
Ausgangsglieder unter diesem Vorsitzenden nicht mehr tagen  
und den Saal verlassen würden. Die sozialdemokratischen Mit-  
glieder verlassen darauf den Saal.

Nummer verurteilte Abg. Dr. Gerde (Landvolk) dem Vorsitzen-  
den eine Brücke zu bauen. Er führte aus, daß es sich hier um einen  
Parallelfall zu dem Vorfall im Auswärtigen Amt handele und  
daß der Vorsitzende doch auch die sozialdemokratischen Zwischenrufer  
mit Ordnungsrufen belegen müsse, die auf die Beleidigung des nation-  
alsozialistischen Abg. Schwarz mit Beleidigungen geantwortet hätten.

Abg. Scheller (3.) und Abg. Stöcker (Komm.) erklärten, daß ihre  
Fraktionen die Ausschuhverhandlungen nicht mehr mitmachen wollten.

Abg. Cremer (Sp.) erklärte nunmehr, daß sich der Vorsitzende  
einer so gräßlichen Verletzung der ihm obliegenden  
Pflichten als objektiver Vorsitzender schuldig gemacht habe, daß  
seine Freunde genötigt seien, sich den Erklärungen der Vertreter des  
Zentrums anzuschließen.

Hierauf ruft der Vorsitzende, Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.),  
den Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.), den Abg. Rohmann (Soz.)  
und den Abg. Schwarz (Nat.-Soz.) zur Ordnung. Auch der  
Abg. Dr. Löwenthal (Komm.) erhielt wegen einer Belei-  
digung Hitlers (!) einen Ordnungsruf vom Vorsitzenden.

Ein Vertreter der Wirtschaftspartei ersucht nunmehr  
den Vorsitzenden, der sozialdemokratischen Fraktion mitzuteilen, daß  
der Abg. Schwarz zur Ordnung gerufen worden sei und daß die Be-  
ratungen fortgesetzt werden könnten.

Es wurde eine Pause von 5 Minuten verabredet, um festzu-  
stellen, ob die Sozialdemokraten in den Ausschuh zurückkehrten. Nach  
Ablauf dieser 5 Minuten stellte sich heraus, daß die Sozial-  
demokraten es ablehnen, unter dem national-  
sozialistischen Vorsitzenden weiter zutagen.

Abg. Wegmann (3.) stellte den Antrag, die Sitzung abzu-  
brechen und die Beratungen am Donnerstag vormittag fortzu-  
setzen.

In der Abstimmung hierüber stimmten die Nationalsozialisten,  
die Christlich-Sozialen, das Landvolk und die Kommunisten gegen  
eine Vertagung, wodurch der Antrag auf Vertagung mit 13:9 Stim-  
men abgelehnt wurde.

### Die Sitzung aufgefliegen.

Als nunmehr der Vorsitzende die sachliche Beratung fortführen  
wollte, verließen die Vertreter der Deutschen Volkspartei, des Zen-  
trums, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei den  
Saal, so daß die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit abgebrochen  
werden mußte.

## Die Schande von Brest.

### Die Angst vor der Untersuchung.

Warschau, 21. Januar. (Eigenbericht.)

Die Regierungsmehrheit der Rechtskommission des  
Sejm hat den rechtsoppositionellen und den ukrainischen  
Antrag auf Untersuchung der Vorgänge in Brest-Litowsk  
und Verhaftung der Schuldigen abgelehnt.

In der vorher geführten Debatte war der sofortige Rücktritt des  
Justizministers Michalowski gefordert worden, der als der ver-  
antwortliche Staatsanwalt von Brest-Litowsk jetzt seine eigenen  
Verbrechen als Minister vor der Abrechnung schützt. Der große  
Nationaldemokrat, Dr. v. Trompeczynski, ehemaliger Senatsmarschall,  
bis 1918 polnischer Fraktionsführer im Preussischen Landtag, führte  
aus, daß der Kampf um die Untersuchung von Brest, falls sie nicht  
erfolge, zur

### Lösung für einen Bürgerkrieg in Polen

werden könne. Der Sozialist Zukowski, Führer der freien  
Gewerkschaften, wies auf Pilsudski als den Urheber der Vor-  
kommnisse hin, den man zur Verantwortung ziehen müsse.

Den Vorsitz führte der frühere Justizminister Car, der für  
Brest mitverantwortlich ist. Die Aufforderung der Opposition, als  
Angeklagter den Vorsitz niederzulegen, lehnte er ab!

Wie der „Robotnik“ berichtet, verweigern die aus Brest in ihre  
Dienstorte zurückgeführten Gendarmen auch ihren Vorgesetzten jede

Auskunft darüber, was sie dort gemacht haben und erklären, selbst  
dem Staatsanwalt und dem Gericht nichts zu sagen. Als man  
weiter in sie drang, teilten sie mit,

wer ihnen das Schweigen auferlegt habe — und seither möge  
kein Vorgesetzter mehr, auf Aussage zu dringen.

Der „Robotnik“ sagt nicht, wessen Name so gefürchtet wird — aber  
jeder weiß es.

## Franzen bewaffnet Bürgerwehr

### Bewaffnung einer staatsfeindlichen Organisation.

Braunschweig, 21. Januar. (Eigenbericht.)

Die Aufforderung der republikanischen Bevölkerung nach so-  
fortiger Auflösung der saskischen Bürgerwehr  
in Velpke, die sich dort prompt nach einem mysteriösen, bisher  
ungeklärten Dynamitanschlag bildete, beantwortete der braun-  
schweigische Polizeiminister Franzen damit, daß er durch die ihm  
unterstellte Kriminaldivision in Heimsdorf der Bürgerwehr kosten-  
los Waffenhektare besorgen ließ, mithin die ungeheuerliche Be-  
waffnung einer staatsfeindlichen Organisation förderte. Der republi-  
kanischen Bevölkerung hat sich angeichts dieser Provokation eine  
große Erregung bemächtigt.

## Im Schatten von Brest-Litowsk

### Der Terror vor dem Genfer Gericht.

V. Sch., Genf, 21. Januar. (Eigenbericht.)

Die Institution des Völkerbundes ist heute gewiß noch  
sehr unvollkommen. Aber wer kann noch mit gutem Glauben  
bestreiten, daß seine Existenz schon einen sühnbaren Fortschritt  
darstellt! Selten empfand man dies deutlicher als in der heuti-  
gen Sitzung, in der sich der Vertreter der polnischen Regierung  
vor aller Welt für den Terror verantworten mußte, mit  
dem das Regime Pilsudski bei den Novemberwahlen seinen  
Sieg der Gewalt und des Betruges über alle Oppositions-  
parteien erfochten hat. Ohne Völkerbund wäre es nicht mög-  
lich gewesen, diese Gemeinheiten vor einem internationalen  
Tribunal zu enthüllen und zu brandmarken. Daß das über-  
haupt möglich war, verdankt man dem Bestehen der Winder-  
heitschutzverträge, die ebenso unvollkommen sind wie der  
Völkerbund selbst, die aber eine solche Erörterung gestatten,  
ohne daß sie mit dem üblichen reaktionären Argument der  
„Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souve-  
ränen Staates“ verhindert werden können.

Scheinbar stand nur die Verfolgung der deutschen  
Minderheiten zur Debatte. Aber ein jeder fühlte: Hier  
steht das ganze Regime Pilsudski unter An-  
klage. Der deutsche Vorstoß kommt auch den übrigen nation-  
alen Minderheiten und überhaupt allen Opfern der Ver-  
folgungswut Pilsudskis zugute. Es muß deshalb besonders  
begrüßt werden, daß Dr. Curtius in seiner Anklagerede, die  
zweifelslos tiefsten Eindruck hinterließ, in einer geschickten  
Nebenbemerkung ausdrücklich die Notwendigkeit für den Rat  
betonte, sich auch der mißhandelten ukrainischen Minder-  
heit anzuschließen.

Während er sprach und die Gewalttaten und Schikanen  
aufzählte, denen die Deutschen in Polen ausgeführt worden  
sind, mußte ein jeder daran denken, daß die polnischen So-  
zialisten, die demokratischen Bauern, die Ukrainer und  
sogar die Nationaldemokraten ähnlichen, ja viel schlimmeren  
Drangalierungen ausgeliefert waren. Der Schatten  
von Brest-Litowsk schwebte über dem Saal, obwohl  
kein deutscher Führer von den dortigen jüdischen Henkern  
des kranken Warschalls gepöbele worden ist.

Polens Außenminister Jaleski war in einer wenig be-  
neidenswerten Lage, wie überhaupt der polnischen Regierung  
die öffentliche Erörterung dieser Vorgänge außerordentlich  
peinlich ist. Es ist das Recht eines jeden Angeklagten, sich  
zu verteidigen, so gut er kann. Jaleskis Verteidigungsrede  
war relativ nicht ungeschickt, indem er zwar manches zuzu-  
war relativ nicht ungeschickt, indem sie zwar manches zuzu-  
geben und zu verurteilen schien, aber die Vorkommnisse doch  
gewissermaßen als unvermeidliche Begleiterscheinungen eines  
jeden Wahlkampfes hinstellte und dabei auf die Gewalttätig-  
keiten bei den deutschen Reichstagswahlen hinwies.

Es war freilich eine schwere Taktlosigkeit, daß  
er, um den Wojwoden Gracynski, den Ehrenvorsitzenden der  
russländischen Verbände in Schutz zu nehmen, bemerkte, daß  
Reichspräsident von Hindenburg den Ehrenvorsitz  
im Stahlhelm führe und doch nicht für jeden Ge-  
walttat der Stahlhelmer verantwortlich gemacht werden  
könne. Dr. Curtius hat diesen Vergleich in seiner Nach-  
mittagsrede mit Recht und in schärfster Form zurückgewiesen.  
Auch in französischen und englischen Delegationskreisen hat  
man diese willkürliche Hineinziehung des deutschen Staats-  
oberhauptes als wenig taktvoll empfunden. Es wäre aber  
nicht objektiv, wollte man behaupten, daß diese diplomatische  
Erwähnung Hindenburgs ihren Eindruck bei weiten Kreisen  
vollkommen verfehlt habe. Denn für die Stellung Deutsch-  
lands in der Welt, selbst in den Augen seiner aufrichtigsten  
Freunde, ist dies ein wunder Punkt, der auf die ganze Pro-  
blematik der gegenwärtigen Zustände in Deutschland ein be-  
denkliches Licht wirft. Der Versuch Jaleskis, gewissermaßen  
als Retourkutsche, die Lage der polnischen Minderheiten  
in Deutschland in den schwärzesten Farben zu malen,  
war zu erwarten. Er ist vollkommen mißglückt. Es war für  
Dr. Curtius ein leichtes, in seiner Replik am Nachmittag diese  
Begenklage eindrucksvoll zu widerlegen. In der zweiten Rede  
hat er an Hand der ausgezeichneten Denkschrift des Deutschen  
Völkerbundes für Oberschlesien den Wahlterror noch stärker  
unterstreichen können als am Vormittag. Was die Replik  
etwas zu lang und mit manchen überflüssigen Einzelheiten  
beschwert gewesen sein, sie konnte die Wirkung nur verstärken.  
Jaleski konnte diesen Ausführungen nichts entgegensetzen.

Was wird nun geschehen? Bestimmt formulierte For-  
derungen hat Dr. Curtius bisher nicht erhoben, wohl aber der  
Deutsche Völkerbund, der am Schluß seiner Eingabe an den  
Rat die Feststellung beantragt, daß die durch die Genfer Kon-

vention vertrieben Rechte der deutschen Minderheiten in Oberschlesien verletzt worden sind, ferner die Bestrafung der schuldigen Beamten zwecks Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse und schließlich die Aufhebung der Sonderstellung der Aufständischen Verbände durch die polnische Regierung fordert. Zur allgemeinen und angenehmen Ueberraschung hat Jaleski sich am Schluß seiner sonst recht unerfreulichen Rede mit den Forderungen des Deutschen Volksbundes im Prinzip einverstanden erklärt. Das allein bedeutet schon einen erheblichen moralischen Sieg der Ankläger. Deutschland kann natürlich nicht gut viel weiter gehen, als die deutsche Minderheit selbst, und deshalb machen die deutschen Nationalisten aus ihrem Verrag über den Deutschen Volksbund kein Hehl, der ihren eigenen Scharfmachereien einen Riegel vorgeschoben hat. Dr. Curtius kann nur gewisse Garantien dafür fordern, daß die von Jaleski grundsätzlich akzeptierten Forderungen des Deutschen Volksbundes tatsächlich erfüllt werden. Er dürfte auch versuchen, einen Beschluß des Rates zu erwirken, der sich speziell gegen den Hauptverantwortlichen, gegen den Wojewoden Gracynski, wendet. Solche Forderung ist gerecht, und wir müssen sie unterstützen. Denn es ist klar, daß kein wahrer Friede in Oberschlesien wiederkehren kann, solange dieser beamtete Bandenhäuptling seines Amtes waldet. Ob ein solcher formeller Beschluß erreicht werden kann, erscheint allerdings all denen zweifelhaft, die mit den Methoden des Völkerbundes vertraut sind.

**Und das war Reichswehrgeneral!**  
Raumpensioniert, schon Stahlhelmführer und schwächt Unsinn  
Auf der Stahlhelmsfeier in Celle am 18. Januar hielt der Führer des Landesverbandes Hannover des Stahlhelm, Generalleutnant von Henning auf Schönhoff, eine Rede, aus der die stahlhelmfreundliche „Celleische Zeitung“ folgendes berichtet:

Zwei Silberstreifen gebe es am politischen Himmel Deutschlands. Der erste ist der wirtschaftliche Zusammenbruch der Randsstaaten, vor allem Polens und Rumaniens. Dann aber auch die Wirtschaftskrise in England, Frankreich, ja neuerdings auch in Amerika.

**Was den Feind schädigt, komme uns zugute.**  
Der zweite Silberstreifen sei der mächtige Aufschwung, den die nationale Rechte genommen hat. In der Zukunft werde es nur zwei Parteien geben: die nationale Rechte und die Kommunisten. Alles, was zwischen beiden Fronten steht, wird zerrieben. Der Stahlhelm aber steht über den heutigen Rechtsparteien, er ist das Bindeglied zwischen ihnen.

Die Frontstellung ist klar vorgezeichnet. Sie geht gegen den Marxismus und seine politische Festsitzung, das Reichskabinett; dann aber auch gegen das Kabinett Brüning, da es zur Gefolgschaft des Marxismus gehöre.

Die politische Lage ist ernst. Eine Diktatur liege nicht im Bereich der Unmöglichkeit. Sie bedeute aber den Bürgerkrieg. Wenn die rote Fahne auf der Straße weht, muß der Stahlhelm marschieren. Eine andere Möglichkeit, und diese muß man erhoffen, ist die Rechtsdiktatur. Nur hierdurch wird der Bürgerkrieg vermieden.

**Gegen hunderttausend Mann Reichswehr, anderthalb Millionen Stahlhelmer und sechs Millionen Nationalsozialisten wird sich auf der Linken kein Überland ergeben.**

Heute hätten wir eine Diktatur des Brüning-Kabinetts; daß diese noch einmal durch eine parlamentarische Regierung abgelöst wird, sei ausgeschlossen. Bei der kommenden Diktatur werde es sich also nur darum handeln, ob sie von rechts oder links kommt.

Wirtschaftlich existiert der Stahlhelm die nationale Wirtschaft, d. h. ein Zurückschrauben der Ueberindustrialisierung und eine Rückkehr zum Agrarstaat.

Sein politisches Ziel ist die Abkehr von der Erfüllung, der Knechtenschaftspolitik, mithin die Befreiung Deutschlands. Ist Deutschland aber frei, dann werde auch die im Rhein versunkene Kaiserkrone wieder gehoben werden. Für jeden Stahlhelmer gelte nach wie vor der seinem König geleistete Fahneidee.

Dieser Mann, der in seiner Phantasie die Reichswehr mit Stahlhelm und Nationalsozialisten gemeinsam aufmarschieren läßt, war bis vor zwei Jahren Generalleutnant in der Reichswehr und Kommandeur der 1. Kavalleriedivision Frankfurt a. d. O.

Ueber die moralische Seite der Angelegenheit — daß ein Mann von solcher Gesinnung es fertig bringt, gegen Lohn der Republik seine Dienste zur Verfügung zu stellen — wollen wir uns nicht weiter auslassen. Hier ist offenbar ein so großer Unterschied der Begriffe von Ehre vorhanden, daß eine Auseinandersetzung zwecklos ist.

Was uns aber wirklich erschüttert, das ist das intellektuelle Niveau dieser Rede eines Reichswehrgenerals a. D. Hier ist doch die Grenze, die Politik und Schwachsinn von einander trennt, schon um mehr als Kilometerweite überschritten. Es ergibt sich also die Frage, wie lange man mit einem solchen geistigen Habitus noch einer der höchsten Generale unserer Armee bleiben kann.

### Der Krach in der Wirtschaftspartei.

**Die sächsischen Abgeordneten für Drexler.**

Die sächsischen Reichstagsabgeordneten der Wirtschaftspartei teilen mit, daß sie fest „zu der gegenwärtigen Parteileitung halten“ und es sich bei den Differenzen zwischen der sächsischen Wirtschaftspartei und der Parteileitung in Berlin um ein Vorgehen der Parteibürokratie in Sachsen handle.

Im Gegensatz zu der obigen Feststellung, die das Durchwachen in der Wirtschaftspartei noch weit größer erscheinen läßt, als man bisher angenommen hat, erklärt der Abg. C. O. Löffler und Antipode des Herrn Drexler, daß Ende der Woche an einem Ort außerhalb Berlins eine große politische Versammlung zahlreicher führender Persönlichkeiten der Wirtschaftspartei mit den sächsischen Dissidenten stattfinden werde. In der Sitzung werde man sich über die weitere Stellungnahme zur Parteiführung des Herrn Drexler schlüssig machen.

Labour in der Minderheit. Im Unterhaus blieb die Regierung bei der Abstimmung über einen Nachtrag zum Schulgesetz mit 33 Stimmen in der Minderheit. Ministerpräsident Macdonald gab jedoch bekannt, daß das Kabinett der Angelegenheit keine entscheidende Bedeutung beimesse.

# Europa-Manifest an die Völker.

**Gegen Kriegslärm und Wirtschaftsförderung.**

Genf, 21. Januar. (Eigenbericht)

Die Europa-Kommission hat am Mittwochabend ihre Beratungen mit einer großen politischen Sensation abgeschlossen: Auf Vorschlag von England, Deutschland, Italien und Frankreich nahm die Kommission einstimmig unter stärkstem Beifall folgendes Manifest an die Völker Europas an:

Wir haben während der letzten Tage die Probleme studiert und beraten, die sich unsere Regierungen stellen, und es wurde uns völlig klar, daß eines der Hindernisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Mangel an Vertrauen in die Zukunft ist, der von der Angst herrührt, welche die politische Situation beherrscht. Diese Angst wurde gesteigert durch gewisse Gerüchte, die von unverantwortlichen Stellen kamen, über die Möglichkeit eines internationalen Krieges. Wir erkennen an, daß augenblicklich in Europa politische Schwierigkeiten bestehen und daß sie noch vermehrt werden durch die Unsicherheit und das wirtschaftliche Unbehagen, die von der allgemeinen Krise herrühren. Das Beste, was wir zur Besserung der wirtschaftlichen Situation tun können, ist, nicht an der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Friedens in Europa zweifeln zu lassen. In unserer Eigenschaft als Außenminister und verantwortliche Vertreter der europäischen Staaten fühlen wir uns verpflichtet zu erklären, daß wir mehr als je entschlossen sind, uns der Einrichtungen des Völkerbundes zu bedienen, um jeden Rückgriff auf gewalttätige Entscheidungen zu vermeiden.

Der Ausschuss nahm dann noch den Bericht des dänischen Außenministers entgegen, der einen schriftlichen Meinungsaustausch zwischen den Regierungen über die verhängten Tagesordnungspunkte bis zur Mailtagung anregte. Ferner beantragte er die Bildung eines Unterausschusses zur Vorbereitung der methodischen Behandlung

dieser politischen Fragen auf der nächsten Tagung. Briand schlug vor, die Organisationskommission recht groß zu bilden und nach Sachgebieten aufzuteilen. Als Mitglieder wurden einstimmig gewählt: Deutschland, England, Frankreich, Griechenland, Polen, Italien, Spanien, Jugoslawien, Portugal, die Schweiz, Finnland und Dänemark. Auf Vorschlag Briands wurde die vom Redaktionskomitee vorgelegte Entschließung einstimmig angenommen. Sie besagt, daß in kürzester Zeit die Sachverständigen der interessierten europäischen Staaten zu einer Konferenz über die Agrarkrise zusammentreten und besonders die Unterbringung der Ueberflüsse an Getreide beraten sollen. Außerdem soll eine neue Studienkommission die Agrarkreditfrage für die kommenden Ernten beraten. Schließlich wird ein Zolkkomitee gebildet werden, das die Wirtschaftskommission über den Zolltarifstand möglichst bald zu einer Annahme reif machen sollte.

Briand schloß die Sitzung mit dem Hinweis, daß eine nützliche Arbeit geschaffen würde. Mit starkem Beifall dankten ihm Henderson und Motta unter Hervorhebung der Bedeutung der erfolgten Friedensmanifestation für die Völker Europas.

### Eine Anregung von Henderson.

V. Sch. Genf, 21. Januar.

Die gemeinsame Erklärung von Henderson, Briand, Curtius und Grandi, die sich scharf gegen jede Kriegspanik wendet und das unerschütterliche Festhalten an der Völkerbundspolitik verkündet, ist auf die Initiative Hendersons zurückzuführen. Die führenden englischen Finanz- und Wirtschaftskreise sollen darauf gedrängt haben, daß eine solche demonstrative Geste der vier Großmächte erfolge, weil der Kriegslärm, der sich seit den Reichstagswahlen in ganz Europa gesteigert hat, einen katastrophalen Einfluß auf die gesamte Weltwirtschaft ausübe.

# Polen gibt Vertragsverletzung zu.

**Die Aufständischen-Organisation muß weg!**

Genf, 21. Januar.

Der polnische Außenminister Jaleski antwortete auf die Rede des deutschen Außenministers folgendes:

Die Reden des Ministers Trepoianus hätten in Polen eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Solche Erklärungen, wie sie Dr. Curtius über die deutschen Absichten auf polnisches Gebiet abgegeben habe, müßten die Beziehungen der Länder sehr verschärfen und den Minoritäten abträglich sein. Seine Regierung bestreite nicht eine gewisse Anzahl von Gewalttaten, aber die Schuldigen seien den Gerichten ausgeliefert worden. Auch die schuldigen Beamten seien bestraft. Der Wahlkampf in Polen sei gewiß sehr hart gewesen, aber nicht schlimmer als in anderen Ländern in letzter Zeit. Mehr als 300 Versammlungen der deutschen Minderheit wären ruhig verlaufen. In Deutschland hätte es bei den Septemberwahlen viel Unruhe und auch Tote gegeben. Die Toten in Oberschlesien gehörten der Mehrheit an. Von 250 angeführten Ermordungen des deutschen Volksbundes seien viele schon gerichtlich geklärt. Die deutsche Regierung habe in einer Note 30 000 Streichungen aus Wahllisten erwähnt. Der Volksbund habe das nicht wiederholt und wirklich seien nur 4800 zu verzeichnen. An diesem Indiz könne man die übrigen deutschen Beschuldigungen erkennen. Die Minderheit selbst habe sich ja auch vertrauensvoll an die polnischen Gerichte gemandt. Obwohl ihr Patriotismus sehr stark sei, bilde die Insurgentenorganisation keine politische Gruppe, sondern es seien ehemalige Kriegsteilnehmer. Herr Curtius habe in Deutschland genug zu tun, wenn er sich auf den gleichen Taten des Stahlhelms befassen wolle. Wenn auf den polnischen Staat die ganze Schuld für alle Taten der Insurgenten fallen sollte, wolle der Wojewode von Oberschlesien deren Ehrenwärtiger sein, so müsse auch auf Deutschland alle Schuld für die Taten des Stahlhelms geladen werden, dessen Ehrenwärtiger sogar der Präsident der Republik sei. Die Klage des Volksbundes nehme er insgesamt im Prinzip an. Die Minderheitenverträge seien

latafächlich verletzt

worden. Er versichere aber dem Rat, daß die Schuldigen bestraft und die Forderungen wiedergutmacht würden und so die friedliche Zusammenarbeit für alle Einwohner Polens garantiert sei. Die polnische Regierung werde alles tun, um die Rechte der deutschen Minderheiten künftig zu schützen.

In der Nachmittagsitzung wandte sich

Dr. Curtius

gegen den polnischen Außenminister Jaleski. Der Rückgang der deutschen Stimmen in den einzelnen Gebieten sei nur durch die Terrorakte während der Wahlzeit zu erklären. Bis zum Mai 1930 hätten die deutschen Stimmen ständig zugenommen und seien dann mit einemmal zurückgegangen. Der Völkerbund sei verpflichtet, dieses Verhalten zu untersuchen. Ausländische Korrespondenten hätten die Lage in Oberschlesien gesehen und seien zu erschreckenden Ergebnissen gelangt. Dr. Curtius verwies auf einen Artikel in der englischen Zeitung „Observer“, worin festgestellt wird, daß in Oberschlesien Verbrechen begangen worden sind. Es seien Strafverfahren eingeleitet worden; damit könne sich aber die deutsche Regierung nicht begnügen. Wichtig sei es, die

Zusammenhänge zwischen den Behörden, der Polizei und den Aufständischen näher aufzuklären, und dieses müsse durch eine Untersuchung des Völkerbundesrates geschehen.

Der polnische Außenminister habe heute morgen den Stahlhelm mit dem Aufständischenverband verglichen. Der Stahlhelm sei keine Aufständischenorganisation, nicht militärisch organisiert, und er begäbe keine Gewalttaten gegen andere. Die Aufständischenorganisationen seien dagegen militärisch organisiert und hielten militärische Übungen und Manöver ab. Dr. Curtius zitierte sodann eine Reihe von Wahlsaukrufen des Aufständischenverbandes als Beleg für dessen terroristische Haltung. Der Aufständischenverband bedeute eine dauernde Bedrohung für das Leben der Bevölkerung. Kennzeichnend für die Rolle des Wojewoden Gracynski sei eine Rede, die er am 17. November 1928 gehalten habe, und aus der klar hervorgehe, daß Gracynski das geistige Haupt der Aufständischenorganisation sei. Dr. Curtius erwähnte dann verschiedene Beispiele, um zu zeigen, wie gerade der Wojewode Gracynski wirtschaftliche Druckmittel zu seiner Entbehrungsmethode benutze. Er nannte u. a. die

Fälle Bleß, Kallenborn und Birsch. Er wies es mit Empörung zurück, daß der polnische Außenminister den Wojewoden Gracynski mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg in einem Atemzuge genannt habe. Es sei verwerflich, Gracynski mit Hindenburg zu vergleichen, dessen Verantwortungsgefühl und Gerechtigkeitsinn allgemein bekannt sei. Es sei eine gute Gepflogenheit in den parlamentarischen Ländern, das Staatsoberhaupt nicht in die Debatte zu ziehen und er möchte wünschen, daß diese Gepflogenheit auch im Völkerbund gelte. Was die von Jaleski angegebene Zählung über die polnischen

### Minderheitenschulen in Deutschland

angehe, so seien allerdings 51 Schulen der polnischen Minderheit in Deutschland vorhanden. Von diesen würden aber nur 28 benutzt; 23 stünden leer, weil die Eltern es vorziehen, ihre Kinder in die deutschen Schulen zu schicken. Was die politischen Fragen angehe, so habe die Minderheitenbeschwerde der deutschen Regierung keinen Anlaß gegeben, diese Fragen anzumachen. Er betrachte es aber als Pflicht, wenn er nicht bei dieser Gelegenheit dargelegt hätte, wie das deutsche Volk über die Ostfrage denkt. Er wiederhole aber seine heutige Erklärung, daß das deutsche Volk seine politischen Ziele nur auf friedlichem Wege und auf dem Vertragsboden zu erreichen strebe.

Zu den Schlussfolgerungen übergehend erklärte Dr. Curtius, er habe mit Bemutigung festgestellt, daß der polnische Außenminister eine Verletzung der Bestimmungen der Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention zugegeben habe, daß eine Reihe von Verfahren eingeleitet seien und daß beabsichtigt sei, Schadenersatz und Sühne zu leisten. Aber das genüge nicht. Es müsse auch für die Zukunft gesorgt werden, daß solche Dinge sich nicht wiederholen.

In der Frage der Aufständischenorganisation und ihrem Zusammenhang mit den Behörden könne man nicht vorbegehen.

Der Völkerbundesrat müsse zu diesen Dingen Stellung nehmen, denn er sei der Hort der Minderheiten.

In einer kurzen Eintragung meinte Jaleski, die deutschen Minderheiten hätten ja die Möglichkeit, sich an den obersten polnischen Gerichtshof zu wenden, wenn sie glaubten, daß ihnen während der Wahl Unrecht geschehen sei. Als Beweis für die angebliche minderheitenfeindliche Haltung der deutschen Behörden führte Jaleski eine Entscheidung des Breslauer Verwaltungsgerichts vom 4. Oktober 1923 an, worin dem „Schulverein für Niederschlesien“ die Errichtung von polnischen Minderheitenschulen untersagt worden sei. Jaleski mußte sich allerdings durch einen Zwischenruf von Dr. Curtius belehren lassen, daß diese Entscheidung von der nächsthöheren Verwaltungsstelle sofort aufgehoben worden ist.

Nach den Ausführungen Jaleskis vertagte sich der Völkerbundesrat auf Donnerstag früh 11 Uhr.

### Faschistenbeifall für Polen.

Wo es darauf ankommt, läßt Rom Berlin im Stich.

Rom, 21. Januar. (Eigenbericht)

In der für Deutschland wichtigen Frage des Schutzes der deutschen Minderheiten in Polen findet die viel beachtete Genfer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien augenscheinlich keinerlei Befähigung. So berichtet zwar der Chefredakteur des „Giornale d'Italia“ aus Genf spaltenlang über die Genfer Debatte am Mittwoch, aber schon relativ äußerlich ist den polnischen Argumenten Jaleskis fast der doppelte Raum eingeräumt wie der deutschen Anklage. Die Rede Curtius' wird als „ungehobene und heftige Anklage“, die von Jaleski dagegen eine „glatte und energische Verteidigung“ bezeichnet.

Die eifrigste polnische Propaganda in Italien hat also offenbar ihre Wirkung getan. Daß Curtius das Problem der Rechte der nationalen Minderheiten auch allgemein aufgeworfen und den Schutz des Völkerbundes verlangt hat, berührt in Italien wegen der Minderheiten in Süditalien besonders stark. Deshalb neigt die Sympathie ganz offensichtlich den Erklärungen der Polen zu. Mit einer Unterstellung durch Italien in dieser Frage scheidet, auch wenn sie erstrebt würde, auf keinen Fall zu rechnen zu sein.

# Der schamhafte Goebbels.

Der Schleiher über die nicht vorhandene Vergangenheit.

Der „Angriff“ des Herrn Goebbels tobt über die Bedingungen, die das Reichsbanner für eine Diskussion mit den Nationalsozialisten gestellt hat. Er nennt sie „unverschämte Bedingungen, die allein in ihrem Wortlaut so echt jüdisch frech sind, daß jeder anständige Mensch es ablehnen muß, sich damit zu befassen“.

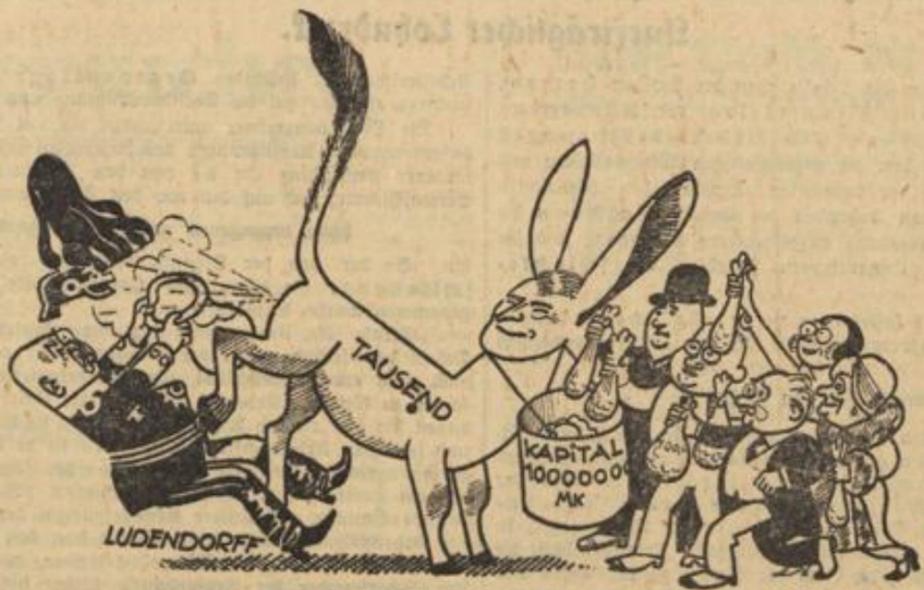
Da ist Herr Goebbels aus der Fassung geraten, so sehr, daß er seinen Parteifreunden die Bedingungen unter schlägt. Wir wissen, weshalb. Vor allem hat es ihm die Nr. 1 der Bedingungen angetan:

„1. Sie stehen uns dafür ein, daß Herr Dr. Goebbels, der nie im Kriege war, sich nicht unterzieht, über den Krieg etwas zu sagen.“

Herr Goebbels will seine Vergangenheit schamhaft zu decken — nicht wegen dem, was darin zu finden ist, sondern vielmehr wegen dem, was man dort vergebens sucht! Es war schon schlimm genug, daß die Anhänger von Herrn Goebbels erfahren mußten, daß die belgischen Gefangnisse nicht zu seinen Erfahrungen gehören, und nun sollten sie auch noch hören, daß er nicht im Kriege war?

Das Reichsbanner hat bei Herrn Goebbels genau den Punkt getroffen, an dem er schamhaft ist!

# Ludendorffs „Estein-streck-dich!“



Frage: Wer ist hier der Esel?

## Sie wissen nicht, was sie schreiben.

Nationalsozialist Frant gegen Nationalsozialist Rosenberg.

Der Strafrechtsauschuss des Reichstages besprach gestern einen sozialdemokratischen Antrag, nach dem Lebensgefährten, die im ehelichen Verhältnis leben, als Angehörige angesehen werden sollen. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt. Vor der Abstimmung entstand eine lebhafte Debatte über das Thema Konkubinat und Ehe, in der die Grundlosigkeit der Nationalsozialisten wieder einmal scharf hervortrat.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Frant sprach gegen den sozialdemokratischen Antrag. Die Ehe gelte als ein heiliges Sakrament und es dürfe ihr deshalb ein bloßes Zusammenleben zweier Menschen nicht gleichgestellt werden.

Genosse Dr. Högnier machte nun Herrn Frant darauf aufmerksam, daß er sich im Widerspruch zu einer Schrift seines Partei- und Fraktionskollegen Rosenberg befinde. Rosenberg habe ausgeführt, daß die Germanen die abendländische Welt nur hätten erobern können, weil sie mehr Frauen gehabt und deshalb mehr Kinder erzeugt hätten. Man müsse an die zahllosen Frauen denken, die keinen Mann bekommen und denen man nicht zumuten dürfe, alle Jungfern zu werden. Während Herr Frant sich als Hüter der Ehe aufspiele, denke Herr Rosenberg über die Ehe und das Zusammenleben außer der Ehe ganz anders.

Herrn Frant war diese Feststellung sehr unangenehm. Er verachtete durch Zwischenrufe die Nichtigkeit der von Högnier vorgetragenen Sätze zu bestreiten, mußte jedoch später zugeben, daß Högnier das Buch von Rosenberg durchaus richtig zitiert habe. Er müsse allerdings gestehen, daß er das Buch selbst nicht gelesen habe. Da das Buch Rosenbergs aber keine parteiamtliche Veröffentlichung sei, sei es für ihn nicht maßgebend!

Selbstverständlich wurde Herr Frant von den folgenden sozialdemokratischen Rednern auf seine wunderbaren Geständnisse gehörig festgenagelt.

## Bersammlungsstandal in Weimar.

Sakenkreuzfrommler gegen den Reichstagspräsidenten.

Weimar, 21. Januar.

Reichstagspräsident Löbe sprach am Dienstag in Weimar in zwei sozialdemokratischen Rassenversammlungen. Im Kolonialheim, wo der Reichstagspräsident zuerst sprach, verurteilten die Nationalsozialisten unter Führung des thüringischen Gauleiters und Führers der Landtagsfraktion, Sauerel, durch Trommelwirbel, Gebrüll und Schlägen gegen die Tür des Versammlungsorts sowie durch Aufstellung eines Trommelkorps im Keller unter dem Saal die Versammlung unmöglich zu machen.

Die Polizei verhielt sich völlig untätig, und als schließlich auf energisches Verlangen der Versammlungsleitung ein Polizeibeamter sich ins Nebenzimmer begab, wo die nationalsozialistische Meute wie wilde Bestien haufte, wurde dieser Beamte Frids mit einem mörderischen Geheul empfangen. Die Stimmung unter den etwa 1000 Versammlungsbesuchern stieg bis zur Siedehitze, und nur der Autorität Löbes und der des Versammlungsleiters ist es zu danken, daß es nicht zu einem Ausbruch kam.

Löbe setzte sich auch ohne Polizei durch, als er seinen Zuhörern sagte, die nebenan tobende Horde seien die Beute, die angehtlich die stillige Erneuerung Deutschlands anstreben, und darum müsse der Sieg auf der Seite der republikanischen Rassen sein.

## Studentenkravall in Heidelberg.

Polizeiverstärkungen von auswärts notwendig.

Heidelberg, 21. Januar. (Eigenbericht.)

Am Mittwochnachmittag kam es zu einem großen Studentenkravall auf dem Universitätsplatz. Die Polizei bemühte sich vergebens um die Räumung. Als sie Verstärkung von auswärts zugezogen hatte, ging sie gegen die Studenten vor, die auf die Polizeisten einschlugen. Schließlich wurde der Platz geräumt.

## Macdonald rundfunkgestört.

Von der Station Mühlacker.

London, 21. Januar. (Eigenbericht.)

Am Dienstagabend sprach Ministerpräsident Macdonald im Londoner Rundfunk über die Ergebnisse der englisch-indischen Konferenz. Am Mittwoch wurde von der englischen Presse Klage darüber geführt, daß diese Rede von der deutschen Sendestation Mühlacker empfindlich gestört worden sei. Stellenweise wäre es dadurch unmöglich gewesen, Macdonald zu verstehen. Als der Ministerpräsident die künftige Selbstverwaltung Indiens berührt habe, sei in deutscher Sprache dazwischengerufen worden: „Ich glaube es nicht“.

# Skandal um die Osthilfe.

Schwere Angriffe gegen den Generallandschaftsdirektor Herrn von Hippel. — Muffehls Rücktrittsgesuch.

Während das Reichskabinett nach dem neuen Osthilfegesetz berät, ist die Rücktrittsaffäre des Ministerialrats Muffehl, des Leiters der Landstelle Königsberg, zum Ausgangspunkt eines Skandals geworden, in dessen Mittelpunkt die Ostpreussische Generallandschaft und ihr Leiter Herr von Hippel stehen.

Die Affäre ist jetzt zum Skandal geworden durch sehr schwere Anschuldigungen, die in der bürgerlichen „Königsberger Hartungischen Zeitung“ gegen Herrn von Hippel erhoben werden. Das Geschäftsgebahren der ostpreussischen Generallandschaftsdirektion ist danach von machtpolitischen Gründen beeinflusst. Es wird der Nachweis geführt,

daß die Generallandschaft auf Umwegen einen beträchtlichen Teil der gewährten Osthilfemittel zur eigenen Stärkung, auf Kosten der privaten und öffentlichen Gläubiger der umgeschuldeten Betriebe benutzt.

Ungefähr 40 Proz. der gemachten Umschuldungshypotheken gingen auf diese Weise bei den umgeschuldeten und landchaftlich betriebenen Betrieben zusätzlich verloren. Entweder würden dadurch die noch eingetragenen Gläubiger oder Reich, Staat und Provinz auf das schwerste geschädigt. Da ungefähr 25 Millionen Mark Umschuldungshypotheken gefährdet seien, so bedeute eine solche Verlusterhöhung einen gewaltigen Ausfall auch für die beteiligten ostpreussischen Wirtschaftskreise. Die „Hartungische Zeitung“ wird dann gegen Herrn von Hippel sehr deutlich. Es sei Herrn von Hippel dringend anzuraten, so schreibt sie, in diese Seite der Angelegenheit Muffehl endlich volles Licht zu bringen. Wer von erhöhter Stelle der Osthilfe Steine in den Weg werfe, müsse wenigstens den vollgewichtigen Saubereitsbeweis dafür erbringen, daß es ihm bei solcher Haltung nicht um persönliche Macht, nicht um die Wahrung des Claqueurstandpunktes gehe.

Diesen Beweis sei Herr von Hippel bisher schuldig geblieben. Habe Herr von Hippel etwa zu scheuen, „daß bei der Durchführung des Kreditstandes der ostpreussischen Landwirtschaft Vorwürfe gegen sein Geschäftsgebahren Bestätigung finden könnten“?

Bei der sehr schwerwiegenden sachlichen Kritik der „Hartungischen Zeitung“ handelt es sich gerade um jene Tatsachen, um deren willen Herr Muffehl seinen Rücktritt angeboten hat, weil er die Durchführung der Umschuldung für gefährdet erachtete. Die andere Anklage der „Hartungischen Zeitung“ ist aber der denkbar schwerste Vorwurf gegen die geschäftliche Sauberkeit der Politik des Herrn von Hippel. Herr von Hippel hat nun eine Erklärung erlassen, in der er sagt, das von der Generallandschaft angewendete Verfahren, um dessen willen der Landstelle Muffehl zurücktreten will, sei mit

Herrn Treviranus, dem Leiter der Oststelle, im Dezember vorigen Jahres vereinbart worden. Auf die gegen ihn erhobenen sonstigen Vorwürfe geht er nicht ein.

Wir stehen hier einmal vor der Tatsache, daß hohe Beamte der Oststelle von Herrn Treviranus ihren Abschied verlangen, wenn bestimmte Hemmungen nicht beseitigt werden, und zum anderen beauftragt Herr von Hippel auf Herrn Treviranus mit der Behauptung, daß diese Hemmungen mit der Oststelle vereinbart seien. Hier stimmt sehr vieles nicht. Hier ist eine sofortige Klärung notwendig. Die gegen Herrn von Hippel aber erhobenen Vorwürfe zwangen zu der Forderung, daß das Geschäftsgebahren der Generallandschaftsdirektion sofort einer scharfen öffentlichen Durchleuchtung ausgesetzt wird, weil sonst die Schäden für die Durchführung der Osthilfe nicht mehr abzusehen sind!

## Treviranus gegen Hippel.

Zu der Presseeröffnungsfeier, in der die ostpreussische Generallandschaftsdirektion zu dem Rücktrittsgesuch des Leiters der Landstelle Königsberg, Ministerialrat Muffehl, Stellung nimmt, wird durch die Oststelle bei der Reichsjustiz folgendes mitgeteilt:

Es ist nicht zutreffend, daß im Dezember v. J. zwischen der Oststelle bei der Reichsjustiz und der Ostpreussischen Landtschaft ein Einverständnis über das von der Landtschaft in Zwangsversteigerungsfällen eingeschlagene Verfahren erzielt ist.

Richtig ist nur, daß Reichsminister Treviranus sich in Verhandlungen mit dem Generallandschaftsdirektor fortgesetzt bemüht hat, die Grundlage für eine Verständigung über die Zusammenarbeit zwischen Landstelle und Landtschaft zu schaffen. Auf den persönlichen, vermittelnden Charakter dieser Verhandlungen ist der Generallandschaftsdirektor wiederholt hingewiesen worden. Auch sind hierbei Vereinbarungen, die das von der Landtschaft eingeschlagene, für das Rücktrittsgesuch des Ministerialrats Muffehl maßgebliche Verhalten endgültig als berechtigt anerkennen, nicht getroffen worden.

Im übrigen glaubt die Oststelle, bei der Reichsjustiz angesichts der Tatsache, daß der schwebende Fragenkomplex in den nächsten Tagen Gegenstand erneuter Verhandlungen mit der ostpreussischen Generallandschaftsdirektion bilden wird, von einer Fortsetzung der Presseerörterungen absehen zu sollen.

## Reichskabinett und Osthilfe.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des preussischen Finanzministers und des Generaldirektors der Reichsbahn mit den Vorbereitungen des Entwurfs eines Gesetzes über die Osthilfe. Die Beratungen werden fortgesetzt.

## Bunzlauer Landfriedensbruchprozeß.

Gefängnis für die Hauptangeklagten.

Elegnik, 21. Januar. (Eigenbericht.)

Im Bunzlauer Landfriedensbruchprozeß wurden am Mittwoch wegen Aufruhrs in Lateinheit mit Zusammenrottung die Angeklagten Gottwald und Reimann zu je 2 Jahren Gefängnis, Starmitz zu 3 Jahren Gefängnis, Sauer zu 10 Monaten Gefängnis und der Angeklagte Käse zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Vier Angeklagte erhielten je 6 Monate Gefängnis unter Zubilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist. Die Angeklagten Gottwald, Reimann und Starmitz, die Haupttätler, wurden auf der Stelle verhaftet.

Die Angeklagten hatten sich wegen der blutigen Zusammenrottung anlässlich einer kommunistischen Versammlung im vergangenen Jahre zu verantworten. Die Zusammenrotte kosteten vier Menschen das Leben.

Während der Beweisaufnahme fand das größte Interesse die Aussage des Landrats Köhne, der in der Öffentlichkeit vielfach als derjenige bezeichnet worden war, der den Befehl zum Schießen gegeben habe. Er erklärte, daß er einen solchen Befehl nicht gegeben habe. Er sowohl wie der Oberlandjägermeister Kahla hätten zweimal die Menge aufgefordert, auseinanderzugehen und die Steinwürfe zu unterlassen, weil sonst geschossen werden würde. Er sowohl wie die Polizeibeamten hätten das Gefühl gehabt, daß die Polizeikette gestürmt werden sollte. In diesem Augenblick habe sich jeder Beamte in Notwehr befunden und vollkommen selbständig gehandelt. Die Aussagen des Landrats Köhne wurden von den beiden Leitern der Polizei, Oberlandjägermeister

Kahla und Polizeioberinspektor Mertens, bestätigt. Kahla ist wahrscheinlich auch der Beamte, der die ersten beiden Schüsse abgegeben hat, nachdem er von acht Steinen getroffen zusammenbrach.

In der Begründung des Urteils nahm das Gericht den Standpunkt ein, daß auf Grund der Zeugenaussagen sämtliche Angeklagten des Aufruhrs in Lateinheit mit Landfriedensbruch überführt sind. Die Haltung der Polizei, insbesondere auch des Landrats Köhne, sei in jeder Weise korrekt gewesen.

## Polnische Soldaten verlaufen sich.

Oppeln, 21. Januar.

Zu Blättermeldungen, wonach in der Nähe von Rybnik eine an der Grenze lebende polnische Infanterieabteilung die Grenze überschritten hat, erfahren wir an zuständiger Stelle, daß die Grenzüberbrechung tatsächlich stattgefunden hat, daß aber die Truppe, als sie von einem polnischen Zollbeamten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß sie sich auf deutschem Territorium befinde, sich sofort auf polnisches Territorium zurückbegeben hat.

Industriegase haben in Belgien neue Beunruhigung verursacht. Im Industrieort Tilleur war die Luft nicht mehr zu atmen. Die erschreckte Bevölkerung fürchtete eine neue Katastrophe und stürzte sich auf die Straße. Die Untersuchung erwies, daß es Ammoniakgas war aus einer Fabrik für chemische Düngemittel.

Die Konkurse in Italien. Wie aus amtlichen Zusammenstellungen ersichtlich ist, wies das Jahr 1930 allein in Mailand 2542 Konkurse auf gegenüber 1927 im Vorjahr. Von den letztjährigen Konkursfirmen hatten 1920 Passiven bis zu 100 000 Lire, 505 bis zu 50 Millionen, 56 bis zu 1 Million und 61 über 1 Million. Das sind Rekordziffern.



# Auf der Mördersuche.

## 1000 Mark Belohnung, der Täter noch nicht gefasst.

Der Mord an dem 49jährigen Geschäftsführer des Mercedes-Palastes Ernst Schmoller hat die Mordkommission den ganzen gestrigen Tag über angestrengt beschäftigt, ohne daß es bisher gelungen ist, eine Spur von dem Täter zu entdecken.

Die Tat kann nur von einem Mann begangen worden sein, der mit den Dienstleistungen ganz genau vertraut war. Naturgemäß ist der Personenkreis, in dem der Täter offenbar zu suchen ist, sehr groß. In erster Linie glaubt man, daß ein früherer Angestellter oder das Mitglied einer Bühnenschau als Täter in Frage kommt. Verschiedene Fingerzeige, die der Mordkommission gemacht worden sind, haben sich bereits als haltlos erwiesen. So ist inzwischen auch der „Mann im langen dunklen Mantel“ ermittelt worden, von dem es gerüchtweise hieß, daß er der Tat stark verdächtig sei. Bisher hat sich für die Schuld des Mannes jedoch nicht der geringste Beweis erbringen lassen. Nach einer anderen Version kann sich die Tat auch so zugezogen haben, daß der Täter Schmoller im Theater sah und den Augenblick für einen Raub im Büro günstig hielt. Er ging den ihm bekannten

Beg und drang in den Raum ein. Unerhofft ist der Geschäftsführer aber gleich darauf gefolgt und der Täter, der sich zunächst verborgen hielt, schoß Schmoller dann nieder, um den Rückweg für seine Flucht freizubekommen.

Vom Berliner Polizeipräsidenten sind für die Aufklärung des Mordes 1000 Mark Belohnung ausgesetzt worden. Der Betrag ist ausschließlich für Personen aus dem Publikum bestimmt, die zur Ergreifung des Täters beitragen. Zweckdienliche Angaben sind an die Mordkommission Johannes Müller zu richten.

### Ein neuer Raubüberfall.

In das Buttergeschäft von Hoffmann an der Ecke Wartburg- und Salzburger Straße in Schöneberg drangen gestern Abend kurz vor Ladenschluß zwei jüngere Burschen ein, die von den Verkäuferinnen mit vorgehaltener Pistole die Herausgabe der Tageseinnahme in Höhe von 200 Mark erzwangen. Die Täter konnten mit ihrer Beute ungehindert entkommen.

# Räthe Dorsch, die zweite.

## Womit sich ein Berliner Gericht beschäftigen soll.

Mit einer merkwürdigen Geschichte, deren Mittelpunkt die gänzlich unbeteiligte Schauspielerin Käthe Dorsch ist, wird sich in den nächsten Tagen ein Berliner Gericht beschäftigen müssen.

Die Angelegenheit begann durchaus nicht romanhaft. Es sind bereits einige Jahre verlossen, als sich bei Käthe Dorsch eine elegante junge Dame melden ließ, sich als Erbprinzessin Rosenberg-Orsini ausgab und von der Künstlerin empfangen wurde. Die Prinzessin erbat von Käthe Dorsch mehrere Details ihres Lebensweges, wollte Informationen über die Jugendzeit der Künstlerin und über die ersten Anfänge ihrer Bühnenlaufbahn, da sie eine Käthe-Dorsch-Biographie zu schreiben beabsichtigte. Die Schauspielerin lehnte mit höflichen Worten die Bitten ihrer Besucherin ab, stellte ihr jedoch in Aussicht, in späterer Zeit auf die Sache zurückzukommen. Käthe Dorsch hatte schon den ganzen Vorfall vergessen, als sie in kurzen Zeitabständen von der Prinzessin mehrere überschwängliche Briefe erhielt, aus denen deutlich zu entnehmen war, daß die Jungelung zu der großen Schauspielerin anormale Bahnen eingeschlagen hatte. Bald darauf trafen neue Briefe bei der Künstlerin ein, in denen immer stärker der Wunsch laut wurde, Käthe Dorsch möge die Prinzessin in ihr Haus aufnehmen. In einem Brief erklärte die anhängliche Freundin, daß sie ohne Frau Dorsch nicht mehr leben könne. Sie fühle sich als Ebenbild der Schauspielerin. In anderen Briefen drohte die Prinzessin wieder und kündigte Frau Dorsch sogar an, ihr einmal Bitriol ins Gesicht zu schütten, wenn sie sie nicht endlich zu sich nähme. Käthe Dorsch ließ sämtliche Briefe unbeantwortet und nahm erst dann die Hilfe der Polizei in Anspruch, als eines Tages die Briefschreiberin in der Nähe ihres Hauses auftauchte und spät nachts von einem Wächter aufgegriffen wurde, als sie am Gartenzaun der Dorsch'schen Fesung in Seelow-Pleskow lehnte. Die Polizei stellte in kurzer Zeit fest, daß ein Professor Henglere aus Odessa, der ebenfalls an Frau Dorsch geschrieben hatte, daß sie sich der Erbprinzessin, seiner Patientin, annehmen müsse, da sonst ernsthafte Befürchtungen für deren Seelenzustand und Leben beständen, in Wirklichkeit ein Herr Paul Jacobsohn aus Hamburg war und die angebliche Erbprinzessin niemand anderes als seine Frau Ellmar Jacobson sei. Da Frau Dorsch gegen das Ehepaar keine Schritte unternahm, immer mit dem Bestreben, kein Aufsehen zu erregen, betätigte sich Herr Jacobsohn weiterhin als eifriger Briefschreiber. Inzwischen war die Ehe Jacobsohn geschieden worden und ärztlich festgestellt, daß die Pseudo-Prinzessin eine nicht normal veranlagte Person sei. Sie gab sich unter anderem außer als Käthe Dorsch auch als Maria Orsini aus, ahmte die Gebärden bekannter Künstlerinnen nach, fälschte deren Schriftzüge und unterhielt eine umfangreiche Korrespondenz als Käthe Dorsch und Maria Orsini. Sie schrieb ferner Romane, Gedichte und Romane bekannter Schriftstellerinnen mit der Hand ab und gab die Werke als ihre eigenen Umanuskripte aus. Eines Tages traf nun wieder ein Brief ein, in dem Herr Jacobsohn mitteilte, daß seine Frau Käthe Dorsch so kopiere, daß er selbst verblüfft gewesen sei. Gleichzeitig legte er seinem Schreiben einen Brief seiner Gattin bei, den sie in der Handschrift und dem Stil Käthe Dorsch nachgeahmt hatte. Als Jacobsohn keine Antwort erhielt, richtete er plötzlich eine Schadenersatzklage gegen Käthe Dorsch ein, da für ihn die Rückgabe dieses Käthe-Dorsch-Briefes seiner Gattin „äußerst wertvoll“ sei. Er wolle nämlich die ganzen Schriftstücke seiner Frau zu einer literarischen Arbeit verwenden. Den fehlenden Brief, den Frau Dorsch nie gesehen hat, berechnet er mit 500 Mark.

Diese mehr als verrückte Geschichte wird das Amtsgericht Richterfelde allen Ernstes demnächst in Anspruch nehmen.

Heute Kundfunkvortrag Aufhäusers. Der Vortrag des Genossen Aufhäuser über die „Ueberwindung der Wirtschaftskrise“ in der aktuellen Stunde des Berliner Senders findet heute, Donnerstag, bereits um 17 1/2 Uhr, nicht, wie zuerst mitgeteilt wurde, um 19 Uhr, statt.

# Skandal im Telephonamt.

## Fristlose Entlassung für ein Rendezvous.

Nicht als einmal hat der „Vorwärts“ zu eigenartigen Personalmaßnahmen der Berliner Oberpostdirektion kritisch Stellung nehmen müssen. Jetzt werden zwei Fälle bekannt, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Zwei langjährige Beamten des Telephonamts Berlin-Mitte haben beim Arbeitsgericht eine Klage gegen die Oberpostdirektion wegen unbedingter fristloser Entlassung eingereicht. Es ist skandalös, welche Gründe die Post für die Entlassung als ausreichend ansah.

Die Telephonistin D. ist seit sieben Jahren bei der Post beschäftigt und hat in dienstlichen Angelegenheiten noch niemals Anlaß zu irgendeiner Beanstandung gegeben. Eines Tages wurde sie plötzlich zum Postdirektor gerufen und in Gegenwart einer Dame gefragt, ob sie mit einem Herrn R. bekannt sei. Erstaunt gab sie die Bekanntschaft zu und mußte nun erfahren, daß die anwesende Dame die Frau des betreffenden Herrn sei und sich beim Amt befand. Die Telephonistin hatte nie gewußt, daß der Mann verheiratet war, und auch keine näheren Beziehungen mit ihm unterhalten. Der Postdirektor erklärte trotzdem, er rate ihr zum freiwilligen Ausscheiden aus dem Amt, da sie im anderen Fall fristlos entlassen werden würde.

Nun wurde ein langes Verhör mit der Telephonistin angeordnet, wann und wo sie den Mann kennengelernt habe, wie oft sie mit ihm zusammengetroffen sei und was bei dem Zusammenreffen sich ereignet habe.

Die Telephonistin verweigerte mit Recht die Auskunft und wurde darauf nach kurzer Zeit fristlos entlassen!

Das Unerhörteste aber ist das Zeugnis, das man der Entlassenen aushändigte. Darin heißt es:

Ihre dienstliche Führung und ihre Leistungen waren befriedigend. Sie wurde fristlos entlassen, weil sie nach ihrem außerdienstlichen Verhalten nicht den Bedingungen für die Annahme und Befähigung von Bewerberinnen für die Uebernahme in das Beamtenverhältnis entsprach und daher im Dienste der Deutschen Reichspost nicht belassen werden konnte.“

Derselbe Oberpostdirektor R. hat kurze Zeit darauf eine andere Telephonistin vom Amt Bergmann fristlos entlassen, weil sie sich in einem Kaffeehaus ein Rendezvous mit einem Herrn gegeben hatte.

Der Herr war aber verheiratet und zufällig kam die Ehefrau hinter dieses Rendezvous. Sie beschwerte sich bei der Oberpostdirektion, und die Beamtin wurde daroushin wegen „Ehebruchs“ fristlos entlassen.

Es wird nun die Aufgabe des Arbeitsgerichts sein, den weltfremden reaktionären Postgewaltigen klarzumachen, daß Bettstuhlfellei nicht zu ihren Aufgaben gehört.

### Selbstmord vor dem Termin.

#### An der Schuld zusammengebrochen.

In der Küche seiner Wohnung in der Solinger Straße 11 wurde der Buchhalter Gottfried A. tot aufgefunden. Er hatte die Unwesentlichkeit seiner Frau dazu benutzt, um sich durch Gas zu vergiften.

A. war lange Jahre Jahrmehrer bei einem Garderegiment, diesen Posten bekleidete er auch während des Krieges bei derselben Truppe. Auf Grund seiner vorzüglichen Zeugnisse erlangte er nach dem Kriege eine Vertrauensstellung als Hauptkassierer bei einer großen Berliner Werkzeugfabrik. Im Mai vergangenen Jahres kam A. bei einer plötzlichen Revision in den Verdacht, größere Summen veruntreut zu haben. In den Büchern wurden raffiniert ausgeführte Fälschungen festgestellt. Nach den Ermittlungen waren im Laufe der Zeit etwa 90 000 Mark veruntreut worden. A. legte auch ein Geständnis ab, behauptete aber, nur einen Teil des fehlenden Betrages veruntreut zu haben. Er wurde in Haft genommen, mußte jedoch wegen schwerer Krankheit bald wieder entlassen werden.

Gestern sollte nun in Moabit gegen A. wegen der Unterschlagungen verhandelt werden. Den Termin hat er aber nicht mehr abgewartet, sondern vorher seinem Leben ein Ende bereitet.

auch gar nicht die Hauptsache. Immerhin lernte er ein Möbel in seiner Konstruktion kennen und zusammenzusetzen.

Ludwig interessierte sich sehr für die Ausbildung seines Jungen. Wenn er sah, daß er irgendeine Arbeit nicht ganz nach Wunsch machte, so zog er den Rock aus, klemmte die Ärmel hoch, stellte sich selbst an die Bank und zeigte ihm die richtigen Handgriffe.

Mit dem Dicken, das war Sandow, hatte Franz nicht viel im Sinn. Der brüllte zuviel und war ihm zu grob.

Sandow, der Fachmann, war aus seiner eigenen Lehrzeit her noch der Ansicht, daß ein Lehrling nicht mit Hand- schrauben angefaßt werden dürfe. Der Sohn eines Chefs schon gar nicht. Wie sollte sonst der Bengel dazu kommen, was zu lernen!

Nachdem Franz genügend praktisch vorgebildet war, schickte ihn sein Vater auf die Fachschule. Hier kam er in ein gänzlich anderes Milieu.

Bunt durcheinander gewürfelt war die Schar der Schüler. Die einen junge Gesellen, die sich mühsam das Geld zusammen- gepart hatten, um sich hier zu Innenarchitekten auszubilden; die anderen Söhne von Meistern, Fabrikanten und Bauunter- nehmern.

Die erste Kategorie der Schüler war die lernbegierigste, ja, auch die begabteste. Die zweite dagegen war eben hier, weil der Vater die Mittel besaß, den Sohn studieren zu lassen. Sie, die Bessersituierten nahmen es mit der Bewältigung des Lehrplanes gar nicht so furchtbar ernst. Doch setzte der ge- botene Unterricht immer hin ein bestimmtes handwerkliches Können voraus.

Franz Eisermann, sich von Anfang an der Gruppe der meist lustigen und sorglosen Schüler zuschlagend, lernte zu- nächst mit großem Fleiß.

Es zeigte sich, daß er für Zeichnen und gutes Kalkulieren besonders begabt war. Vielleicht trug dazu der Umstand bei, daß er die Dinge der Umwelt mit sehr realen, nüchternen Augen ansah und dabei immer den richtigen Blick für das Praktische hatte.

Er lernte spielerisch leicht, sozusagen im Handumdrehen. Die Lehrer wurden sehr bald auf ihn aufmerksam und gaben sich alle Mühe, ihn weiterzubilden.

Freilich, schon im zweiten Jahre ließen seine Leistungen bedeutend nach, wenn er auch noch zur Zufriedenheit seiner Lehrer arbeitete.

Wichtiger als die Fachausbildung war ihm jetzt der Drang, ein flottcs Leben führen zu können.

Bei den Schülern, die ja durch ihre Väter die Firma Ludwig Eisermann kannten und wußten, daß sein „Alter“ Obermeister der Innung war, umgab ihn ein gewisser Nimbus. Sie wetteiferten daher, ihn in den Strudel ihrer Bergnügen zu ziehen.

Franz folgte zuerst aus Neugierde, nachher aber aus Lust am tollen Betrieb.

Geld spielte keine Rolle. Sein Vater unterstützte ihn reichlich, wenn er nur ab und zu eine Probe seines Fleißes sah. Und warum sollte der Sohn Ludwig Eisermanns nicht auch seine Jugend genießen?!

Er sah das Treiben seiner Schwester täglich, bewunderte die Wandlung seiner Mutter und auch des Vaters, sah seine Kameraden und Mitschüler von einem Vergnügen ins andere taumeln und machte lustig mit.

So lernte er daselbe bürgerliche Milieu wie seine Schwester kennen, wenn auch auf anderen Wegen.

Doch waren seine Ausschweifungen größerer Art. Es kam sogar vor, daß er total betrunken nach Hause geschleppt werden mußte.

In solchen Fällen war Ria entsetzt und brachte das Taschentuch nicht mehr von den Augen. Ludwig aber lachte, was aus ihm herausging.

„Daß dem Jungen den Spaß!“ pflegte er zu sagen. „Er soll etwas von seinen Brausejahren haben. Ich hab mir ja solche Späße in meiner Jugend nicht leisten können! Das ist aber kein Grund, warum er sie nicht haben sollte!“

Was sollte da Ria tun, wenn der Vater dem Jungen so offensichtlich die Stange hielt?

Für sie waren in Zukunft die Räusche ihres Herrn Sohnes einfach nicht mehr vorhanden.

Sie sah damenhaft darüber hinweg.

Die Inflation hatte sich in einem letzten gewaltigen Billionentramp zu Tode geleuchtet. Durch die Trümmer ihres Niedersturzes brach sich allmählich die Rentenmarkt Bahn.

Ludwig Eisermann atmete auf.

Nun war wenigstens die tollste Zeit zu Ende. Eine neue Wirtschaftspcriode begann.

Er überschlug, was ihm die vergangenen Jahre des pa- plernen Segens gebracht hatten, und war damit zufrieden.

Er begriff erst jetzt so richtig den Ausdruck „Sachwerte“. Auf dem Höhepunkt der Inflation war ihm dies alles nur Spiel mit Geld gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

**L. Seemann** **C. Wöhle**  
**Unternehmer..**

Sandow war nun ganz in seinem Element. Nicht mehr der Fabrikleiter, sondern der Fabrikfeldwebel.

Wo er bisher zurückhaltend sein mußte, machte er nun aus seinen Gedanken nicht mehr den mindesten Hehl.

Alle die Arbeiter und Gesellen, die ihm irgendeinmal dumm gekommen waren oder die ihm gegenüber ihre Rechte verteidigt hatten, warf er zuerst aufs Pflaster.

Es waren keine Segenswünsche, die ihm nachgerufen wurden, wenn er den wenigen noch laufenden Maschinen den Rücken lehnte und nach seinem Glasaften schritt.

Er mußte das. Doch er lachte nur darüber. Solange die Hände nur im Saß gebolkt wurden, hatte es keine Gefahr. Das mußte er noch vom Kommun her. Schimpfen mochte die Bande, soviel sie wollte. Aber lachen sollte sie sich! Er rieb sich hämisch grinzend die fleischigen Hände.

Als der Betrieb zur Hälfte still gelegt war und die letzten Zimmerferien fertiggestellt wurden, nahm er die Arbeitsleistung unter die Lupe. So schmiß er denn Beute aus dem Betrieb, die jahrlang zu seiner vollen Zufriedenheit gearbeitet hatten.

Unter seiner scheußlichen Mißlaune waren sie auf ein- mal Stümper geworden.

Zum Schluß verblieben nur noch ein Duzend Gesellen und etliche Maschinenarbeiter in der großen Fabrik, in der zeitweise über zweihundert Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Brot verdient hatten.

Anfänglich, wenn Ludwig durch die großen Fabrikräume ging, froz es ihn wie in einer Leichenhalle. Doch mit der Zeit gewöhnte er sich an den Anblick der frostigen, leeren Säle.

Die paar Stunden, die er täglich noch daselbst verbrachte, widmete er seine Aufmerksamkeit den Ratten und Mäusen, die frisch überall herumspazierten, und dann seinem Sohne.

Franz lernte schnell, aber flüchtig.

Für ihn als Fabrikantensohn war ja auch die handwerk- smäßig vollendete und untadelige Bearbeitung eines Holz- es

# „Gefährlich, wenn betrunken.“

Sieben Jahre Zuchthaus für versuchten Totschlag.

Das Landgericht III verurteilte gestern den 34-jährigen Maurer K., der im September vorigen Jahres die Witwe N. in Karow in der Wälsch, sie zu berauben, durch mehrere Schüsse schwer verletzte, wegen versuchten Totschlages in Tateinheit mit versuchtem Raub und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 7 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Die Stellung unter Polizeiaufsicht nach Verbüßung der Strafe erklärte das Gericht für zulässig, die Unterbringung wurde dem Angeklagten angedrungen.

Der Mann, den gestern dies schwere Urteil traf, ist kein unbekanntes Blatt; seine Straftaten tragen sämtlich gewalttätigen Charakter: Körperverletzung, Sachbeschädigung, Rotzucht — kein Eigentumsverbrechen. Am frühen Morgen des 19. Oktober sah Frau M. im Garten ihres Hauses einen Mann vor sich stehen. Er habe früher einmal bei ihrem Manne gearbeitet, sagte er, ob ihr Mann auch jetzt für ihn Arbeit habe. Die Frau stutzte, denn ihr Mann war seit zwei Jahren tot und sie kannte den Menschen nicht. Da er durch das Haus auf die Straße könne? Als Frau M. in das Zimmer ging, um die Schlüssel zu holen, folgte ihr der Mann, legte plötzlich auf sie den Revolver an, sie schrie, eine Kugel traf sie am Arm, eine zweite verletzte sie an der Schulter, eine dritte schlug in die Wand ein, die vierte traf die Flüchtende am Hintertopf. Dann flüchtete auch der Mann. In der Nähe des Tators verlor er seine Brieftasche mit Personalausweisen und Photographien. Die Polizei hatte also leichte Arbeit. Als Täter wurde der Maurer K. in seinem schlesischen Heimatort Bemitz verhaftet. Etwas über die Tat zu erzählen, weigerte er sich. Erst später ging er aus sich heraus. Auf die Frage, weshalb er das getan habe, sagte er ganz spontan: „Ich hatte Hunger.“ Vor der Tat wollte er in einer Weinlaube eine Korbflasche Wein gefunden und aus ihr getrunken haben. Während der Rede des Staatsanwalts und der Urteilsbegründung erreicht keine Erregung den Höhepunkt. Er machte mit seinen gefesselten Händen drohende Bewegungen, fluchte die Zähne, man habe den Eindruck, als wolle er sich auf Staatsanwalt und Richter werfen. Als der Staatsanwalt ihm seine Hemmunglosigkeit vorwirft, schreit er dazwischen: „Ich bin nicht erzogen worden. Der Staat, der Krieg tragen daran die Schuld. Sie haben mir meine Reden genommen, die Bande, die.“ Als der Staatsanwalt davon spricht, daß er zwei Revolver bei sich getragen habe, schreit er: „Niemand.“ Nur während des Krieges haben sie mich gezwungen.“ Nicht minder ausfallend betrug er sich bei der Urteilsverkündung. Der Vorsitzende sagt, der Angeklagte sei nicht besserungsfähig und zeige gar keine Reue. „Deshalb soll ich ins Zuchthaus, damit ich ein noch größerer Räuber werde.“ Und als der Vorsitzende mit seiner Begründung zu Ende ist, ruft er: „Hoch lebe die Klassenjustiz.“

Der Offizialverteidiger hatte vielleicht nicht unrecht, als er meinte, mit den sieben Jahren Zuchthaus werde die Gesellschaft vor dem Mann nicht geschützt. Eine längere psychiatrische Beobachtung hätte vielleicht doch im Gegensatz zu den Sachverständigen Zweifel an seinem Geisteszustand ergeben und so eine dauernde Verwahrung wegen Gemeingefährlichkeit ermöglicht.

## Berzweiflungstat einer Mutter.

Mit ihrem 4-jährigen Kinde in den Kanal gesprungen.

Von der Treppentreppe stürzte sich gestern nachmittags die 32-jährige Frau Maria Berge aus der Glogauer Straße 32 mit ihrem vierjährigen Kinde in den Landwehrkanal.

Mehrere Schiffer, die mit ihren Rähnen in der Nähe der Brücke rekonferieren und Zeugen des aufregenden Vorfalls geworden waren, machten sofort ihre Rettungsbühnen los. Schon nach kurzer Zeit gelang es den Männern, die mit den Wellen derweilende Rämpfende zu bergen und an Land zu bringen. Leider blieben die Rettungsvorkehrungen bei dem Kinde ohne Erfolg. Die Frau wurde in bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Der Grund zu der Verzweiflungstat ist zur Zeit noch Gegenstand der polizeilichen Untersuchung.

## Drei neue Schulräte in Berlin.

Der Magistrat wählte am Mittwoch für die freien Schulbezirke Kreuzberg, Wedding und den Bezirke Mitte und Kreuzberg überschneidenden Schulkreisbezirk die Retoren Miethege und Hädicke sowie Lehrer Tschenscher. Die Vertretung auf die drei Schulkreise erfolgt von der Bezirksdeputation, wobei man Rücksicht auf den Wohnort der Betreffenden nehmen wird. Von den neugewählten Schulräten gehören Hädicke und Tschenscher der Sozialdemokratie an, während Miethege der Deutschen Volkspartei nahesteht.

## Polizei im Weissenhof-Bezirksparlament.

In der gestrigen Sitzung der Bezirksversammlung Weissenhofsee kam es zu schweren Tumultszenen, die schließlich das Eingreifen der Schutzpolizei nötig machten. Die Kommunisten hatten die Absicht, die Sitzung aufzulösen, weil ihnen die Debatte über die von der sozialdemokratischen Fraktion geforderte Umgestaltung der Geschäftsordnung mißfiel. Der sozialdemokratische Vorsitzende, Genosse Bauh, war jedoch entschlossen, die arbeitsfreie Mehrheit vor dem Terror der Bolschewisten zu schützen. Als alle Ermahnungen nicht nuzten, griff die Polizei ein und entfernte die kommunistischen Bezirksverordneten, die sich den Anordnungen des Vorsitzenden hartnäckig widersetzen. Schließlich mußten sämtliche 47 Bezirksverordnete der kommunistischen Fraktion ausgeschlossen werden.

## Der Tod auf dem Rodelschlitten.

Auf tragische Weise ist gestern Abend der 17-jährige Schüler Willi Boffing aus der Kussowstr. 7 in Brix ums Leben gekommen. Der Junge hatte am Dienstag einen Rodelschlitten geschenkt erhalten; zusammen mit mehreren gleichaltrigen Kindern rodelte der Junge am Tempelhofer Weg, der direkt am Telefonturm entlangführt. Der Siebenjährige stürzte mit seinem Schlitten die Böschung hinunter und fiel ins Wasser. Das Kind konnte von der Feuerwehr nur noch als Leiche geborgen werden.

## Warnung vor Schwindlern!

In den letzten Tagen treiben Schwindler, die unter der Maske sozialkriegsbeschädigter Händler auftreten, ihr Unwesen und suchen anheimelnd mit Vorliebe die Büros der Arbeiterbewegung heim. So waren sie in den letzten Tagen im Verlag V. N. W. Dieh Nachf. G. m. b. H., „Der Bücherkreis“ G. m. b. H. usw. Sie arbeiten nach einem raffinierten System wie

# Tausend mit den „Christusaugen“.

Auch darauf fielen seine Opfer rein. — Ludendorff war ständiger Gast. Der „Künstler“ will den Staat verklagen.

In der Mittagspause hat Tausend dem ihm begleitenden Schuhmann verraten, daß er den Staat wegen ungeschuldig erlittener Unterbringungshaft auf einen Schadenersatz von 5 Millionen Mark verklagen wird.

In der Nachmittagsverhandlung wurde zunächst Professor Lautenschläger-Frankfurt a. M. vernommen, der über die Verführung Tausends mit einem blutstillenden Mittel sowie über die Herstellung von Morphium aus Kochsalz und über ein Zinksuperoxyd-Reinigungsverfahren berichtete. Der Zeuge erklärte, daß die Verfahren, die Tausend in seinen Theorien entwickelt habe, etwas Neues und Bedeutungsvolles wären, wenn sie durchführbar seien.

Zeuge Riechardt, Referendar in München, der als erster mit Tausend in Verbindung getreten ist, bekundet, daß er im Januar 1924 mit Tausend durch ein Inserat bekanntgeworden sei, in welchem er Geld angeboten habe. Es habe sich ursprünglich um einige neue Verfahren gehandelt, darunter ein Verfahren, um ein schnelles Waschen von Getreidearten zu erzielen.

Tausend habe ihm dann später auch von einem Zufallserfolg erzählt, wobei Goldzulage getreten sei. Der Zeuge habe dann die Verbindung mit General Ludendorff hergestellt, der

wiederholt Besuche bei Tausend gemacht habe. General Ludendorff habe erklärt, daß ein Sachverständiger diese Vorführungen überprüfen müßte. Es sei dann der Chemiker Kummer als Sachverständiger beigezogen worden.

Nach den weiteren Aussagen des Zeugen Riechardt sind auch in Ludendorffs Villa Versuche vorgenommen worden.

Von den zwei in Berlin vorgenommenen Versuchen war einer positiv, einer negativ. Der Zeuge versuchte nun auch in München nach den Tausend'schen Rezepten Gold herzustellen, erklärte aber, er sei sehr enttäuscht gewesen, als er vergeblich nach den Goldkörnern suchte. Die weiteren Aussagen des Zeugen beschäftigten sich dann mit der Gründung der „Gesellschaft 164“, die den Zweck haben sollte, Tausend Gelegenheit zu ungestörter Arbeit zu geben. Bei Befragung der Beteiligung Tausends kam die Rede auch auf Rechtsanwalt Budeley. Auf diesen habe Tausend einen ganz besonderen Eindruck gemacht, und Budeley habe auf Vorführungen verzichtet mit dem Hinweis, daß man Tausend, einem Mann mit so wunderbaren Christusaugen, unbedingt vertrauen könne.

Die Verhandlung wurde hierauf auf Donnerstag vormittag vertagt.

## Internationale Flugplan-Konferenz. Deutsch-italienische Verbindungen besonders gefördert.

In den Räumen des Auswärtigen Amtes wurde die alljährlich in Berlin stattfindende Internationale Flugplan-Konferenz eröffnet. Direktor Bronsky von der Deutschen Luft-Hansa konnte die Vertreter von 26 Luftverkehrs-Gesellschaften aus 16 europäischen Ländern sowie den Generalsekretär der Internationalen Luft-Transport-Bereinigung „IATA“ begrüßen. Die Konferenz, die bis zum 22. Januar dauern wird, befaßt sich in erster Linie mit Vereinbarungen über internationale Flugpläne. Außerdem werden Tarifraten, Liebergeplätzpreise, Abrechnungsfragen für Fracht und Passage usw. besprochen. Das Flugkreuzennetz des nächsten Sommers dürfte in seinen Grundzügen dem des vergangenen Jahres entsprechen, jedoch sind einige wichtige Neuerungen bemerkenswert, u. a. werden von Berlin nach Rom künftig zwei Expressverbindungen führen, eine über Wien, die andere über München-Mailand. Ferner ist eine neue Flugverbindung Benedig-München in Betriebsgemeinschaft zwischen einer italienischen Luftverkehrsgesellschaft und der Deutschen Luft-Hansa geplant.

## Die Zugspitzbahn vollendet.

Garmisch, 21. Januar.

In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste wurde jetzt der letzte Teil der bayerischen Zugspitzbahn, die Seilbahn von dem 2630 Meter hoch gelegenen Schneefernerhaus zu der zwischen dem Ost- und dem Westgipfel der Zugspitze in fast 3000 Meter Höhe gelegenen Bergstation eröffnet. Mit der Inbetriebnahme der Seilbahn, die einen Höhenunterschied von fast 300 Meter bei einer Streckenlänge von 725 Meter in vier bis fünf Minuten Fahrzeit überwindet, wurde gleichzeitig auch das neubauende Hotel Schneefernerhaus eröffnet.

Neues Programm im Zirkus Busch. Im Zirkus Busch, der jetzt alle 14 Tage sein Programm wechselt, wurden gestern wieder neue Darbietungen gezeigt. Ein reiches Programm und es sei von vornherein gesagt, das Variété ist so gut wie der Zirkus, und das Programm ist so reichhaltig und wechselnd, daß alle 15 Nummern zu würdigen nicht möglich ist. Der ausgezeichnete Voltaire a la Richard als Einleitung folgen, Herdopopourri genannt, Freiheitsskizzen in Vollendung vorgeführt von H. Straßburger. Sando Bektow reitet auf seinem Vollblutandaluser spanische Hohe Schule. Durch ihre Beweglichkeit und ihre vielseitigen Künste überraschen die zehn Elefanten, deren Begehrigkeit Dompteur Florian Engels zeigt. Wenn die Elefanten musizieren, wollen die Grischbären tanzen. Sie machen das natürlich besser als ihre Brüder von der Landstraße, die sicher nicht wie sie auherdem auf Rollschuhen laufen und Radfahren können. Es ist weiter zu reden von der Exzentrik, Equilibristik und Gymnastik. Da sind die 3 Bredwins und die 4 Swannows, die mit viel Humor Höchstleistungen produzieren. Raum sind noch ihnen die Grischbären aus der Arena abgetrotet, beginnen die Ballet Sifters an den Zähnen hängend in der Zirkusfappel als hunte Schmetterlinge zu schweben. Und der Schluß bringt das Clowntrio Jacchini, das zum erstenmal in Deutschland auftritt.

Die Jugendweihe der Sozialisten und Freidenker für Charlottenburg findet am Sonntag, dem 29. März, vormittags 11 Uhr, in der Aula der Sophie-Charlotte-Schule (Anzeim), Scharenstraße 23-27, statt. Der Unterricht in der Lebenskunde für sämtliche Weibeskinder beginnt am Montag, dem 2. Februar, von 4 bis 6 Uhr, im Arbeiter-Jugendheim, Köpenickerstr. 4, v. I. Anmeldungen werden in den bekannten Stellen entgegengenommen. Anmeldegebühr 50 Pf.

Reichstag und Rundfunk. Zu diesem sehr zeitgemäßen Thema nimmt Landtagsabgeordneter Genosse Ernst Heilmann in der neuesten Nummer des „Arbeiterfunk“ in sehr beachtenswerten Ausführungen Stellung.

Gemeinschaftsunterricht an der Karl-Marx-Schule in Neukölln. Diejenigen Genossen, die Wert darauf legen, daß Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet werden, seien darauf hingewiesen, daß die Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 208/210, seit Jahren die entsprechende Genehmigung von der Aufsichtsbehörde erhalten hat.

Die Wohlfühlkollimole der Studierenden der Vereinigten Staats-Hochschulen haben unter dem Titel „Himmelfahrt und rotrot“ am Sonnabend, dem 7. und Sonnabend, dem 14. Februar 1931 in den Räumen Gartenbergstr. 33 halt.

Wetterausichten für Berlin: Meist heiter, Temperaturen auch am Tage etwas unter Null. — Für Deutschland: Im Westen und Süden teils heiter, teils nachträglich, Temperaturen am Tage über Null, im übrigen Reich vorwiegend heiter, auch am Tage allgemein Frost.

folgt: Es erfolgt ein telefonischer Anruf durch den Vorsitzenden irgendeines bekannten Verbandes. Dieser teilt mit, daß er einen schwerkranken Organisten bei sich sitzen hat, und bittet, da er denselben persönlich kennt, ihm etwas abzukaufen, er habe das selbe getan. Der Betreffende habe eine zahlreiche Familie und seine Rente reiche natürlich nicht aus. Es handle sich um Bleistifte, Papier und förmliches Büromaterial. Der Betreffende werde in einer halben bis dreiviertel Stunde erscheinen. Prompt erscheint dieser auch und bietet dann seine Waren an. Die Nachfrage hat ergeben, daß die Gewerkschaften von einer Empfehlung nichts wissen. Es handelt sich um einen Schwindler, der gestern im Verlag Dieh unter dem Namen Matthes festgesetzt werden konnte.

## Glückliche Gewinner.

Die Ziehung der Arbeiterwohlfahrtslotterie.

139 674 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtwerte von 500 000 M. hatte die Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt bereitet. Ueber die Inhaber der Glückstöße sei folgendes mitgeteilt:

In einem kleinen Städtchen Rastenburgs brachten die Nummern A 326 436 und B 326 436 mit je 25 000 M. eine Familie in freudige Erregung. Dem Vertreter einer Kasperkaufstelle übergab sie erst das Los zum Einlösen, dann beantragte sie die Sparrasse, ein Konto einzurichten. Der Vertreter der Verkaufsstelle schreibt: Erwünscht wäre baldige Regelung, da die Familie sich in großer Not befindet. Der Mann schwer kriegsbeschädigt und die Frau lungentkrank, es wäre weder Feuerung noch Nahrung vorhanden. Der Betrag ist der Sparrasse überwiesen. Zwei große Gewinne fielen nach Sachsen. Zu der Nr. A 1148 904 schreibt der Bezirksauswahlschuss für Arbeiterwohlfahrt in Leipzig am 5. Januar: „Der glückliche Gewinner ist ein 68-jähriger Sozialrentner und Fürsorgeempfänger. Der Inhaber des Loses B 1148 904 hat sich noch nicht gemeldet.“ Aber schon am 7. Januar teilt derselbe Bezirksauswahlschuss mit, daß sich auch dieser Gewinner gemeldet hat. Er ist ebenfalls Invalide und Vater von fünf Kindern. Die beiden Hauptgewinne von 10 000 M. wurden in Berlin ausgezahlt. Der eine Gewinner wohnt im Berliner Norden und ist seit einem Jahr erwerbslos. Mit seinen betagten Eltern, die auf Unterstützung angewiesen sind, hat er eine gemeinschaftliche Wohnung. Frau und vier Kinder hat der zweite. Noch ist er im Betrieb als Kurzarbeiter, es mangelt aber an Nötigsten. Bettwäsche und Kleider für die Familie und sich sei das erste, was angeschafft würde, meinte er. Nach einem Dörfchen in der Rhön fielen zwei Gewinne à 2500 M. und nach Vena gleichfalls zwei Gewinne à 2500 M. Sie kamen auch dort in die richtigen Hände.

„Zuchthaus für Mitleid.“ Der Inhaber des Malereigeschäfts Ernst Miethe bittet uns mitzuteilen, daß er mit dem zu einer Zuchthausstrafe verurteilten Maler Miedler, der in dem Prozeßbericht am 15. Januar genannt wurde, nicht identisch ist.

Der Marxistische Arbeitskreis an der Hochschule für Politik bittet uns mitzuteilen, daß die nächste Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaft Dr. Witnigly heute um 20<sup>15</sup> Uhr stattfindet.

Eröffnung der 32. wöchentlichen Gemeindefestspiele. Neukölln, Mühlstraße Eintritt nicht frei, wie ortsüblich angegeben war. Preis 20 Pf.; Erwerbsscheine und Kinder 15 Pf. Die Ausstellung findet vom 23.—27. Januar statt.

# Funkwinkels

Das Programm wird vom Königsberger Sender übernommen, dessen musikalische Veranstaltungen auf beachtenswerter künstlerischer Höhe stehen. Andere Refektorien sind weniger glücklich vertreten. In der Jugendstunde sendet man ein Hörspiel in sieben Szenen „Rubezahl“. Die Arbeit, nach den bekannten Rubezahl-Sagen verfaßt, ist für den Hörer kein Vergnügen. Die Szenen wirken wie ein Koboldwurf, wie eine Skizze, deren Ausführung vergessen wurde. Gerade die Jugendstunde müßte bemüht sein, nur gediegene Leistungen zu bringen. Berlin tut es bereits, Königsberg scheint noch nicht so weit zu sein. Auch die Regie Kurt Selings läßt zu wünschen übrig. Es wird flüchtig und ohne Kuvertierung gesprochen. Nur die Darsteller der Kinder fehlen. Ganz ausgezeichnet die Pächter-Kammermusik in einer Komposition von Schirmer. Reinheit des Klanges, Echtheit des Zusammenspiels, Sicherheit des Rhythmus charakterisieren das Konzert. Aus dem Königsberger Stadttheater überträgt man abends die einstufige Oper „Römisches Kind“ von Wilhelm Kempt. Auch hier das Orchester von Überallherkommen Niveau. Obenlogis das Ensemble. Keine überragenden und persönlich wirkenden Stimmen; aber wenigstens eine einheitliche Linie, ein trauriger Zusammenhang zwischen Bühne und Orchester und ein gut disziplinierter Chor. Störend wirkt, daß auf der Bühne scheinbar eine Hustenepidemie ausgebrochen ist. Die Oper selbst eignet sich nicht besonders für den Rundfunk, da ein Teil der Wirkung von den menschlichen Vorgängen ausgeht. In musikalischer Beziehung bedeutet das Werk einen merkwürdigen Kompromiß zwischen den Stilen. Immerhin eine interessante Aufführung. F. Sch.

schützt vor Grippe bei Husten Heiserkeit LICHONID





# Endgültiger Mansfeld-Vertrag.

## Eine Denkschrift der Reichsregierung. — Subventionenkredite auf 2 Jahre.

Im Haushaltsauschuss des Reichstags wurde der Anwendung weiterer öffentlicher Mittel zur Aufrechterhaltung des Kupferbergbaues im Mansfeldrevier für die beiden Jahre 1931 und 1932 zugestimmt.

Den Verhandlungen lag eine Denkschrift der Reichsregierung zugrunde, der wir folgende, für die Beurteilung des außergewöhnlichen Subventionierungsvorganges wichtigen Feststellungen entnehmen: Für die Haltung der Regierung ist nach der Denkschrift lediglich das öffentliche, und zwar sowohl das finanzielle als sozialpolitische und volkswirtschaftliche Interesse an der Aufrechterhaltung des Mansfelder Kupferbergbaues maßgebend. Die finanziellen Auswirkungen der Stilllegung für die Allgemeinheit seien auf Grund der Mindereinnahmen und Mehrbelastungen für die öffentlichen Stellen auf jährlich 25 Millionen Mark zu berechnen. Die Stilllegung habe die Arbeitslosigkeit von 12 000 Arbeitern und Angestellten und die Existenzzerstörung für 30 000 Menschen zur Folge. Dazu komme die Tatsache, daß der Fortfall der Kupfererzeugung bei Mansfeld zu einer Mehrerzeugung im derzeitigen Werte von 33 Millionen Mark jährlich führen würde. Bemerkenswert und neu in der bisherigen Diskussion ist auch die Hervorhebung der Bedeutung der Mansfeldischen Kupfererzeugung für die deutschen Wehrinteressen (die freilich schon 1921 einmal eine Mansfeld-Subvention herbeigeführt haben). Die offiziell eingeholten Gutachten rechnen bei einem Kupferpreis von 10,50 Cents für das englische Pfund (450 Gramm) und bei einem Silberpreis von 45 Mark je Kilo für die Kupferbetriebe mit einem Jahresverlust von 8 Millionen Mark. Da die jetzigen Preise niedriger seien, erhöhe sich der Ausfall um 1,2 Millionen, der aber durch die neuerdings durchgeführten Lohn- und Gehaltsentzügen fast ausgeglichen werde.

Das mit der Reichs- und Staatsregierung zu treffende neue Abkommen sieht zur teilweisen Deckung des Betriebsverlustes bis Ende 1932 einen jährlichen Höchstzuschuß von 5,4 Millionen vor; dieser Zuschuß soll in monatlichen Raten bezahlt werden und sich jeweils in dem Maße verringern, als die Kupfer- und Silberpreise wieder ansteigen. Um die von den Gutachten als wahrscheinlich bezeichnete Wiederherstellung der zukünftigen Wirtschaftlichkeit bald sicherzustellen, ist eine weitere Beihilfe von

jährlich 1,2 Millionen für Betriebsverbesserungen vereinbart. Reichswirtschaftsministerium und preussisches Handelsministerium haben über die Verwendung dieser Gelder mitzubeschließen.

Durch Beschluß des Haushaltsausschusses ist die Fortführung der Mansfeld-Kupferbetriebe auf längere Zeit gesichert und der fürchtbare Druck von der Bevölkerung des Mansfeld-Reviere genommen, unabsehbarer Elend ausgeliefert zu werden. Die Sozialdemokratie hat dem Beschluß zugestimmt, die Kommunisten haben ihn abgelehnt.

Man könnte die Ablehnung verstehen, wenn es sich um eine der herkömmlichen Industriebudgeten handeln würde. Aber die sicher zu erwartende Stilllegung war, besonders angesichts der allgemeinen Wirtschaftskrise, auf die Dauer für die Bevölkerung des Mansfeldgebietes das wirtschaftliche Todesurteil. Die finanziellen Folgen der Stilllegung hätten Staat und Gemeinden noch viel härter getroffen und noch viel mehr gekostet als die jetzige Aufrechterhaltung der Betriebe mit öffentlichen Zuschüssen. Außerdem ist die zukünftige Wirtschaftlichkeit der Betriebe, die selbstverständlich die grundsätzliche Voraussetzung für die vorübergehende Verwendung öffentlicher Mittel sein muß, nach der Aufwendung zusätzlicher Mittel wohl zu erwarten.

Freilich übernimmt die vorgesehene Kontrolle durch Reichs- und Staatsbeauftragte hierbei eine sehr ernste Verantwortung. Sie muß die Herbeiführung der Wirtschaftlichkeit nötigenfalls erzwingen, wenn die Verwaltung versagt, und die Kontrolle wäre sinnlos, wenn nicht auch, falls es nötig wird, Kapitalopfer der Aktionäre erzwungen würden. Das ist auch für die Tatsache wichtig, daß es sich bei der Subvention grundsätzlich nicht um verlorene Zuschüsse handelt, sondern um Kredite, die aus zukünftigen Gewinnen zurückgezahlt werden sollen. Die Aktionäre können nicht etwa auf das volle Kapitalgewinne verlangen, wenn der Staat für seine Kredite auf Zinsen verzichtet hat und die Belegschaften so hohe Gehalts- und Lohnopfer gebracht haben, wie es hier geschehen ist.

# Die neuen Osthilfepläne.

## Wirkungen der Kanzlerreise. — Kabinett berät erweiterte Maßnahmen.

Die Reise des Reichskanzlers Brüning durch die Ostprovinzen hat die Arbeiten für die Durchführung eines neuen Osthilfegesetzes beschleunigt. Das Reichskabinett beschäftigt sich bereits mit den neuen Entwürfen, und es dürften in den nächsten Tagen Entscheidungen zu erwarten sein. Die Reise des Kanzlers war insofern von erheblicher Bedeutung als jetzt die Frage im Vordergrund steht, ob die Osthilfeaktion außer auf Ostpreußen und kleinere Teile anderer Ostprovinzen auch auf das ganze Gebiet Pommerns, auf Brandenburg und die beiden Länder Mecklenburg ausgedehnt werden soll. In diesem Falle würden erheblich größere Mittel erforderlich, was wahrscheinlich bedeuten würde, daß die ganze durch den Young-Plan zunächst freigeordnete Industrielast herangezogen werden würde (Silberberg-Vorschlag), und zwar 200 Millionen im Jahre 1932, 160 im Jahre 1933 und je 120 Millionen in den Jahren 1934 bis 1936. An den Grundsätzen der geplanten Aktion braucht diese Ausdehnung, der die größten Bedenken entgegenstehen, aber nichts zu ändern.

### Weitgreifende Maßnahmen — größere Mittel.

Sowohl bis jetzt bekannt ist, übernimmt der neue Entwurf im wesentlichen den Aufbau des alten Osthilfegesetzes. Für die Umschuldung von landwirtschaftlichen Betrieben war in der Rotverordnung für 1930/31 die Hebernahme von Bürgschaften im Betrage von 100 Millionen Mark vorgesehen, während innerhalb des Kriegslastenhaushalts für 1931 8 Millionen Mark bereitstehen. Nach dem neuen Osthilfegesetz sollen 100 Millionen Mark darlehensweise zur Verfügung gestellt werden, und zwar je 50 Millionen Mark für die beiden Jahre 1931 und 1932. Weitere 100 Millionen sind außerdem als Bürgschaften für die Umschuldung vorgesehen, und zwar 10 Millionen für 1931, je 20 Millionen für die Jahre 1932, 1933, 1934 und 1935, und 10 Millionen für 1936.

Für die Betriebsicherung (Maßnahmen zur Ergänzung der eigentlichen Umschuldungsaktion) waren im Etat für 1931 nur 20 Millionen Mark vorgesehen. Jetzt sollen auf die Dauer von vier Jahren ab 1932 insgesamt 100 Millionen Mark, also jährlich 25 Millionen Mark bereitgestellt werden. Offen ist die Frage, ob außerdem noch Bürgschaften für die Betriebsicherung im Betrage von 100 Millionen Mark vom Reich und von Preußen übernommen werden sollen. Aus diesen Betriebsicherungsfonds will man Betriebe subventionieren, die nicht eigentlich überschuldet sind, aber doch den Zinsendienst und fällige kurzfristige Schulden nicht voll bezahlen können, ferner solche bereits hoch verschuldete Güter, bei denen die Gläubiger aus Angst, ihre Forderungen vollständig einzubüßen, keine Zwangsversteigerungen herbeiführen, so daß diese Betriebe zwar nicht unter den Hammer kommen, aber allmählich absterben müssen. Ferner sollen solche Güter wieder

hochgebracht werden, die zwar ohne Schulden sind, deren Gutinventar aber wegen der Unterlassung des notwendigen Kapitalaufwandes unzureichend oder unbrauchbar geworden ist. In engem Zusammenhang damit steht eine

### Neuregelung der Befugnisse der Landesstellen.

die die Verteilung, Organisation und Hebernahme der Umschuldungshilfe und die Durchführung der Betriebsicherung auszuüben haben. Aus der Vergangenheit und aus der großagrarischen Agitation gegen Preußen ist bekannt, daß hier die am stärksten Probleme der Osthilfe liegen, da die Gefahr besteht, daß die Betriebsicherung durch die Tätigkeit und durch die Zusammenfassung der Landesstellen einfach nur zu einer unfruchtbareren Subvention großagrarischer Rittergüter werden kann, ohne daß den eigentlichen landwirtschaftlichen Räten im Osten abgeholfen wird. Die Landesstellen sollen ermächtigt werden, von den Landwirten Vermögensaufstellungen und eidesstattliche Erklärungen anzufordern.

Die landwirtschaftliche Siedlung, eines der wichtigsten Mittel zur Befundung der agrarischen Verhältnisse im Osten, soll mit besonderem Nachdruck betrieben werden. Es ist daran gedacht, besonders in den dünnbesiedelten Gebieten die Neu- und Anliegerförderung stark zu fördern, wozu Bürgschaften und Darlehen bis zum Betrage von 150 Millionen Mark bereitgestellt werden sollen.

Zur Lastenentlastung, d. h. zur Senkung der Realsteuern und zur Verminderung der Schiffsabgaben ist die Bereitstellung von Mitteln in gleicher Höhe wie für 1931, d. h. 30,3 Millionen Mark für die Jahre 1932 bis 1935 beabsichtigt.

Neben den Maßnahmen für die Landwirtschaft sollen auch Handel, Handwerk und Gewerbe unterstützt werden. Wie schon im alten Osthilfegesetz ist eine Frachtermäßigung geplant, deren Kosten auf 15 bis 20 Millionen Mark veranschlagt sind, während im Etat von 1931 für diese Zwecke nur 12 Millionen Mark vorgesehen waren. Vom preussischen Handelsministerium ist ferner der Vorschlag gemacht worden, im Osten auf die Aufbringungsumlage (Industriebelastungsgesetz) zu verzichten, was für das Reich einen Einnahmeausfall von 10 bis 12 Millionen Mark bedeuten würde.

Zur Förderung des sozialen und kulturellen Lebens im deutschen Osten sollen von 1932 bis 1935 jährlich je 20 Millionen Mark verwendet werden. Hier wird die Öffentlichkeit besonders auf die Verwendung der Mittel zu achten haben.

Entsprechend den preussischen Vorschlägen, auch entsprechend dem alten Osthilfegesetz ist ein Reichsdarlehen von 130 Millionen Mark an die Reichsbahngesellschaft vorgesehen, das der Erbauung neuer Eisenbahnlinien und der sonstigen Verbesserung der Verkehrsverhältnisse (maßweise Er-

richtung von Kraftfahrlinien) dienen soll. Wie dieses Kapital beschafft werden soll, ist natürlich eine offene Frage.

Ueber die wichtigste Frage, die Finanzierung des neuen Osthilfeprogramms, bestand bisher noch wenig Klarheit. Geplant ist, die Mittel für die Umschuldungsaktion dem Aufkommen aus der Industriebelastung zu entnehmen. Ferner sollen zur Einlösung verzinslicher, fünf Jahre laufender Verpflichtungsscheine zentraler Kreditinstitute abermals 90 bis 100 Millionen freigemacht werden. Auch rechnet man mit 75 Millionen Barmitteln von der Rentenbank, Kreditanstalt und der Preußentasse. Für den Rest der nicht aus den Steuereinnahmen des Reiches stammenden Mittel müßten zum mindesten von Reich und Preußen weitgreifende Bürgschaften übernommen werden.

Die Finanzierung des Ostprogramms ist jedenfalls heute noch, was bei der Finanzlage von Reich und Preußen nicht verwunderlich ist, die größte Sorge des Reichskabinetts.

## Keiner Gewinn bei Wanderer.

### Kraftfaher Abbau der Schulden.

Von dem großen Umsatzzugang der Automobil- und Motorradindustrie im letzten Jahr scheint die Wanderer-Werke A.-G. in Chemnitz, die mit einem Kapital von 15,7 Millionen Mark zu den führenden Kraftfahrzeugfabriken Deutschlands gehört, nicht betroffen zu sein. Da infolge der anhaltenden Fahrradkrise auch der Fahrradbetrieb der Wanderer-Werke sehr im argen liegt und das Gesamtunternehmen entsprechend belastet, müssen nach dem jetzt vorliegenden Jahresabschluss die beiden Hauptbetriebe, die Auto- und Motorradfabrik, im letzten Jahr verhältnismäßig gut abgeschnitten haben. Dem Unternehmen ist es nämlich gelungen, die hohen Verluste von fast 2 Millionen Mark, die nach den gewinnreichen Vorjahren für das Geschäftsjahr 1928/29 überraschend ausgewiesen wurden, im letzten Jahr in einen kleinen Reingewinn von 74 000 Mark zu verwandeln.

Der Geschäftsbericht und die Bilanz liegen im einzelnen noch nicht vor. Es wird aber aus den fast gleich hoch vorgenommenen Abschreibungen von 1,08 Millionen Mark ersichtlich, daß dieser Gewinn nicht durch willkürliche Senkung der Abschreibungen künstlich geschaffen wurde, sondern echt ist. Die im vergangenen Jahr mit 12 Millionen Mark sehr hoch ausgewiesenen Schulden konnten bis auf 7,8 Millionen Mark zurückgezahlt werden, was darauf schließen läßt, daß die Gesellschaft ihre stark angeschwollenen zinsverzehrenden Läger in ziemlichem Umfang räumen konnte. Ein genauer Ueberblick wird aber dadurch unmöglich gemacht, daß die Forderungen an die Kundschaft und die Vorräte in einem einzigen Posten ausgewiesen sind.

Wenn auch die Wanderer-Werke die guten Zeiten von 1923 bis 1928, in denen mit übertriebenem Optimismus mehrere Jahre 12 Proz. und vor zwei Jahren noch 6 Proz. Dividende gezahlt wurden, sobald nicht mehr wiedersehen werden, so läßt dieser für ein Krisenjahr verhältnismäßig günstige Abschluß doch erkennen, daß die Wanderer-Werke, am Gesamtumfang der deutschen Automobilindustrie gemessen, neues Gelände auf den Abzählmärkten gewonnen haben. In welchem Umfang aber auch die führenden deutschen Automobilwerke das Vertrauen der Aktienkapitalisten verloren haben, beweist die Tatsache, daß die Aktien der Wanderer-Werke, die vor dem großen Börsenkrach im Mai 1927 noch mit 440 Proz. (4400 Mark für eine Aktie von 1000 Mark Nennwert) notierten, heute einen Tiefstand von 28 Proz. erreicht haben.

## Frankreichs Außenhandel.

### Deutschland größter Lieferant.

Im letzten Jahr betrug die Einfuhr nach Frankreich 60,7 Millionen Tonnen im Wert von 52,3 Milliarden Franken. Gegenwärtig ist die Einfuhr nicht unerheblich um rund 1,3 Millionen Tonnen gestiegen, jedoch ist infolge der internationalen Preisrückgänge der Wert der Einfuhr um 5,87 Milliarden Franken, also fast eine Milliarde Mark, gesunken. Die Ausfuhr aus Frankreich stellte sich auf 36,5 gegen 39,9 Millionen Tonnen im Jahre 1929. Der Ausfuhrwert ging von 50,1 auf 42,8 Milliarden Franken, also um fast 15 Proz. zurück.

Für den Verkehr mit den einzelnen Ländern liegen noch keine abschließenden Zahlen für 1930 vor. Jedoch zeigt der letzte Ausweis der französischen Handelsstatistik für die Zeit vom Januar bis Oktober 1930, daß Deutschlands Stellung als Warenlieferant sich auf dem französischen Markt weiter befestigt hat. In diesen zehn Monaten hatte sich gegenüber der entsprechenden Zeit von 1929 Deutschlands Ausfuhr nach Frankreich von 5,35 auf 6,67 Milliarden Franken erhöht. Damit sieht Deutschland bei der Wareneinfuhr nach Frankreich weitaus anführender Stelle, denn erst in großem Abstände folgen mit einer Einfuhr von rund 5 Milliarden Franken die Vereinigten Staaten von Amerika, und an dritter Stelle Großbritannien mit einer Einfuhr von 4½ Milliarden Franken.

Trotz der Beschwerden der Chemnitzer Strumpfexporteure über die Minderung der französischen Einfuhrzölle für baumwollene Strümpfe und Socken, die wir gestern meldeten, werden sich auch diese Zugeständnisse Deutschlands im Interesse der Erhaltung eines kräftigen deutsch-französischen Wirtschaftsverkehrs gut bezahlt machen.

**Zementfabrik für Ostpreußen.** Die oft erörterte Möglichkeit, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Ostpreußens auch durch neue Industriesiedlungen zu fördern, wird durch die beabsichtigte Gründung einer Zementfabrik jetzt praktisch zur Diskussion gestellt. Unter der Firma „Ostzement G. m. b. H.“ ist in Königsberg eine Gesellschaft gegründet worden, die die Fabrikanlagen der ehemaligen Union-Gießerei zur Errichtung einer neuen Zementfabrik auszunutzen wollen. Mit den notwendigen Umbauten soll schon im Sommer begonnen werden. In Ostpreußen bestand bisher keine Zementfabrik, und der Zement dürfte durch hohe Frachten verhältnismäßig teuer gewesen sein.

# Gegen rote Hände: Creme Leodor

Die kühlende und heilende Wirkung der schneeweißen Creme Leodor tritt besonders in Erscheinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte im Winter stark gerötet sind. Auch bei spröder und aufgesprungener Haut leistet die Creme bei dem so lästigen Juckreiz der Haut sowie als Puderunterlage vorzügliche Dienste. Tube 60 Pf. und 1 Mk., wirksam unterstützt durch Leodor-Edelseife, Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

# Erbarmt Euch der Lebenden!

Von Johannes Schönherr

Driehnaud wanderte seit dem frühen Morgen durch das ehemalige Kampfgelände der Champagne zwischen Aubéville und Maroinvillers. Der Mont Cornillet, Fichtel- und Pöhlberg standen in der Ferne wie schneebedeckte Berge unter dem gläsernen Blau des wolkenlosen Juli-Himmels. Der Schnee war Kreide, weißes von Granaten aus der Erde gewähltes Gestein, das, einst in Brocken emporgewirbelt und unter den fägllichen Hagelwintern der Geschosse zu Staub zerrieben, dem barmherzigen Vordringen der verdedenden Feldkraut- und Weiden über ein Jahrzehnt schon hartnäckig widerstand hatte. Auch in der Ebene bemerkte Driehnaud mit dem sicher beobachtenden Instinkt des ehemaligen Frontsoldaten überall die Spuren der Kampflinien und ausgedehnter Trichterfelder. Zwischen den Anstößen fröhlichen Buschwaldes standen vereinzelt hochstämmige Baumstämme, fast in stummer Verzweiflung, von Brand oder Pulverdampf noch immer geschwärzt. Kein Pflug hatte die Erde berührt, die eine ungeheure Saat von Eisen- und Stahlspähern in ihrem unruhigen Schoße barg. Nirgends eine Spur von Aufforstung, nur immer wieder Erdaufwürfe, Hünengräbern gleich, unter Strauchwerk darunter die Bettungen schwerer Krümmen oder verschüttete Betonunterstände.

Driehnaud schritt langsam durch die die Landschaft, orientierte sich mit dem Kompass und einer alten Generalstabkarte, stand zuweilen mit klopfendem Herzen still und schloß die Augen, als horche er in das lebende, sommerliche Schmelzen dieser endlosen Ebene, in der er seit Stunden ferne Menschen und kein Haus mehr gesehen hatte. Vieles, was in den Jahren seit Kriegsende nur in seltenen, schreckhaften Träumen geisthaft aufgestanden war, um schließlich auch wieder in gnädigvoller Vergessenheit unterzugehen, stand urplötzlich in quälender, fast leidenschaftiger Deutlichkeit vor ihm.

Ja, hier auf dieser unheimlich leeren Mark war es, an einem Valentins. Hier stürmten sie an, nach tagelangem Trommelfeuer, zwanzig Tanks, und trieben sie an monatelang behaupteten Stellungen. Ueber Tote, schreiende Verwundete und Befestigungen hinweg, über schiefende Maschinengewehre, walzten die eiserne Ungeheuer, Feuer aus ihren gepanzerten Leibern speiend, Angst und Schreck vor sich herziehend.

In wildem Tumult jagten sich die Bilder graufiger Erinnerungen, als Driehnaud auf den Trümmern eines verrosteten Tanks sah, der als trauriges Wahrzeichen sich aus der Ebene heraus hob. Er blickt und verstaubt erzieht er dann den schmalen Feldweg, der nach Bois du Puits führt. Von weitem schon sah er den niedrigen Wald der Gräberreihen, erkannte er die strenge Anordnung der gradlinigen Gräberreihen. Driehnaud kam an diesem Tage als einziger Besucher zu den Toten. Zögernd betrat er den Friedhof. Die einschüchternde Weite dieses Aders, die unübersehbaren Reihen der hölzernen Kreuze über den gleichmäßig bepflanzten Gräbern, dazu die trostlose Oede einer unbegrenzten luten Kraterlandschaft, dies alles brach, so stark wie nie zuvor, als niederschmetternde Erkenntnis eines furchtbaren, vergeblichen Massenopfers über ihn herein. Plötzlich sah er in einiger Entfernung auf dem Zufahrtsweg die Gestalt eines barkenden Mannes, der sorgsam zwischen den Gräbern einen Rechen hin und her schob. Langsam ging Driehnaud auf ihn zu. Plötzlich richtete sich der Mann, der auf einem Holzbein humpelte, überrascht auf. Driehnaud grüßte stumm, worauf der andere ihn erwartungsvoll ansah. Mit behutsamer, weit ausladender Handbewegung wies Driehnaud über das stille Gräberfeld: „Une grande cimetiére!“ — Seine Stimme war fast tonlos. — „Es ist nicht der größte Friedhof in dieser Gegend, mein Herr!“ erwiderte der Franzose leise, auf seinen Rechen gestützt. „Hier liegen nur 5700 Tote, 2900 Deutsche und 2800 französische Soldaten. Drüben, an der Straße nach Somme-Py, nicht weit von hier, finden Sie 14 000 Einzelgräber, bei den Trümmern des Dorfes Perthes, eine Viertelstunde weiter, über 25 000 Tote. Sammelriedhöfe, mein Herr! Da, sehen Sie nur: Kreuze, überall Kreuze!“

„Ein schwerer Dienst muß es für Sie sein, Tag für Tag auf diesem Friedhof sich aufzuhalten. So einsam...“ Der Krüppel lächelte wissend. „So schlimm ist das nicht. Ich pflege die Gräber.“

Ich warde auch auf Besucher. Es kommen aber wenig. Ueberhaupt, wissen Sie, viele der Toten sind in ihrer Heimat längst vergessen, haben wie drüben.“ — „Über ihre Gräber sind alle in guter Pflege!“ warf Driehnaud ein.

Der Franzose nickte lächelnd und dankte mit Schmelzen. In verlegener Reugier fragte er dann Driehnaud: „Sie sind ein Deutscher, nicht wahr? Ich hörte es. Suchen Sie ein Grab? Nennen Sie, bitte, den Namen! Ich werde es finden.“ Eifrig humpelte er voraus, der deutsche Abteilungs- zu Driehnaud folgte langsam. Es sei nicht ein bestimmtes Grab, erzählte er im Durchschreiten der Reihen dem Franzosen. Es sei ein anderer Anlaß, der ihn seit Tagen bewege, die Friedhöfe der Champagne aufzusuchen. Eine quälende, unergiebige Geschichte aus dem Kriege, die sich in der Nähe der Berge drüben zutrug. Das Grab eines Franzosen suche er, nachdem er vor einer Woche vergebens nach den Angehörigen des Toten in Paris geforscht habe.

„Nennen Sie mir den Namen, mein Herr! Ist es ein Franzose, der hier liegt, so kenne ich ihn bestimmt!“ — „Joseph Cordoin!“ entfuhr es Driehnauds Munde. Der Franzose strich mit der Hand über die Stirn. „Cordoin? Joseph Cordoin?“ sprach er mit langsamer Betonung jeder einzelnen Silbe vor sich hin. „Ja, dieses Grab können Sie sehen. Kommen Sie!“

Es war ein Grab wie alle anderen, derselbe Schmelz, dasselbe Kreuz, dieselbe Schrift. Nur der Name brannte fremd, fast feindlich in Driehnauds Augen. Im Stehen hörte er hinter seinem Rücken bebuckelnd sich entfernende Schritte. Der Wächter ging wieder seiner Arbeit nach. Driehnaud starrte lange auf den Erdhügel. Dann schloß er die Augen und sank langsam auf die Knie. Seine zitternden Finger glitten über Stengel und Halme und preßten die Erde, als berührten sie in Inbrunst und stehender Hingabe den ruhenden Leib eines Menschen. In dieser Lage, den Kopf schwer vorgeneigt, verharrte Driehnaud lange in starrer Regungslosigkeit. Erst die nahenden Schritte des arbeitenden Wächters schreckten ihn aus seiner tiefeninneren Verlorenheit. Hektisch erhob er sich schwerfällig. Sein Gesicht war bleich. Er griff zitternd in die Innentasche seines Rockes. Krampfhaft hielt er ein kleines Bündel Papiere in den Händen, ein zerstückeltes Notizbuch. Eine Photographie riefte zwischen den losen Blättern hervor und fiel vor des Wächters Füße. Schnell hatte sich Driehnaud gebückt: „Sehen Sie, das ist er!“ sagte Driehnaud und sah zur Seite.

„Der Tote? Joseph Cordoin?“ fragte der Franzose. „Infermentierement 276. Daneben keine Frau und dies gewiß kein Junge. Was für ernste, große Augen doch der kleine Kerl hat? Ja, und wie sich die Frau auf den Mann stützt! Sicherlich ist es auf Urlaub gemacht.“

„Drehen Sie um! Da können Sie es lesen. Am 17. August fiel er, am 2. August war er noch auf Urlaub“, unterbrach Driehnaud in einer fast wilden Anst. Der Wächter las die unbeholfene Schrift einer rührenden Widmung von der Hand der Frau. „Und nun lesen Sie diese Seiten!“ sprach Driehnaud abgewendet. Durch den Schleier von Tränen sah er wieder das Bild jener Stunde, in der Joseph Cordoin im Trichter starb. Es war das Gesicht des Toten, der seit Jahren in ihm lebte. Und er hörte wieder den Schrei, den ersticken Aufschrei, als Cordoin mit dem Messer in der Rehte zur Seite fiel. Driehnaud fühlte: würgendes Schwärzen sah ihm fest in der Rehte. Plötzlich spürte er den leisen Druck einer Hand auf seiner Schulter. „Er hat den Krieg geholt“, sagte der Franzose und reichte Driehnaud, das Buch wieder hin. „Diese Worte an sein Kind sind ein Testament, ein Vermächtnis jener Liebe, die sich nach dem Frieden auf Erden sehnt. Joseph Cordoin war ein Mensch!“ Der Sprechende neigte ergriffen das Haupt. Dann sahen sich die beiden Männer schweigend an. Driehnauds Schultern zuckten. Er leuchtete: „Wollen Sie mich anhören? Wollen Sie wissen, wie er starb? — Oh, Sie haben recht, er war ein Mensch...“ Er schluchzte fast. — „Sie dürfen es mir erzählen. Sie zittern ja!“ sagte der Franzose in gemollter Ruhe. „dort auf jener Bank können Sie sprechen!“ — Er hatte Driehnaud leicht unter dem Arm gefaßt und führte ihn weg. (Schluß folgt.)

in Betrieb, wenn er telephoniert. . . Dann kaufte er ein kleines Grammophon, das jede halbe Minute „Geh in Ordnung!“ sagte und schaltete es an seinen Telephonapparat.“

„Dadurch hatte er viel mehr Zeit für andere Obliegenheiten, so zum Beispiel für die Beantwortung des Posteinganges. Früher brauchte er einige Stunden, um die eingehenden Briefe zu lesen und zu beantworten. Eines Tages aber hatte er die gute Idee, für alle eingehenden Briefe die einheitliche Beantwortung: „Wir empfangen Ihr Geheiß und bedauern, die Sache dem Gericht übergeben zu müssen“ festzusetzen. Auf diese Weise erledigte er die ganze Korrespondenz in wenigen Sekunden.“

Während der junge Mann so plauderte, erfasste ich die wirkliche Tragödie der Rationalisierung. Die Führer der Industrie haben ihre Betriebe so vollständig rationalisiert, daß jeder überflüssige Bestandteil — sie selbst eingeschlossen — ausgeschaltet worden ist.

So bietet sich uns heute das traurige Schauspiel dar, daß mächtige Präsidenten in ihren Büros sitzen. — es sei denn, daß sie gleich Herrn Schmalz schon nach Hause gegangen sind — dicht umgeben von arbeitssparenden Maschinen — und keine Arbeit vorfinden, die gepart werden könnte! An ihren Fingerspitzen befinden sich Druckknöpfe, durch deren Betätigung die Sekretärinnen herbeistürzen, durch die sie sofort mit allen Filialbüros im ganzen Lande sprechen können. Aber es zeigt sich, daß sie eben so gut ihre Aufträge in Form schöner Stickerien auf Tischdecken verewigen und zu Fuß ihren Filialbüros überbringen könnten. Alle ist nicht vonnöten!

(Verachtliche Uebersetzung von Leo Sauter.)

## Paralyse ist heilbar

Von Dr. med. Georg Fehling

Die von Professor Wagner-Jauregg in Wien angeregte Methode, die Paralyse mit Malaria zu heilen, hat nicht umsonst bei Fachleuten und Laien berechtigtes Interesse gefunden. Ueber ihre Erfolgsrate war man allgemein im Zweifel, um so aufschlußreicher ist der Rechenschaftsbericht, den nunmehr nach jahrelanger Anwendung dieser Behandlungsmethode der Assistent der Wiener Psychiatrischen Klinik, Dr. Daltner, über die von Wagner-Jauregg angegebene Methode ablegt. Nicht als ob der Erfolg noch irgendwie bestritten wäre. Dazu ist diese Behandlung nicht nur in Wien, sondern auch in Deutschland ganz allgemein schon zu sehr in Anwendung. Man kann ohne weiteres sagen, daß sie bereits vollkommen zu dem ärztlichen Rüstzeug der modernen Psychiatrie geworden ist. Doch genauere, statistische Angaben sind bisher noch selten, was ja aus der Kürze der seit der Einführung der Malaria als Heilmittel gegen Paralyse vergangenen Zeit begrifflich ist. Zweifelhafter als der Erfolg einer solchen Malaria, der ja in den meisten Fällen bald offensichtlich wurde, schien die Frage, ob der Gesundungsprozeß anhalten würde, oder ob die Patienten nicht bald wieder mit neuen Erscheinungen der Paralyse, womöglich noch in schlimmerer Form, erkranken würden. Der Bericht der Wiener Klinik läßt an einen Dauererfolg in manchen Fällen hoffen.

Insgesamt wurden in der Wiener psychiatrischen Klinik 129 Patienten einer regelmäßigen Nachuntersuchung unterworfen, die in den Jahren 1922 bis 1924 in dieser Klinik einer Malaria unterzogen worden sind. Davon sind mehr als die Hälfte, nämlich 67, am Leben und von diesen 53 völlig gesund. Wenn man bedenkt, daß ohne die Malariabehandlung die Paralyse eine rasch verlaufende, unbedingt mit schwerer Geisteskrankheit endende und rettungslos zum Tode führende Krankheit war, wird man diesen Erfolg der Malaria zu schätzen wissen. Um so mehr, als sich auf Grund dieses Wiener Berichtes die Tatsache ergibt, daß es sich um eine Dauerheilung handeln kann. Wie bei allen oder den meisten Krankheiten im allgemeinen, wird der Erfolg der Malariabehandlung davon abhängen, wenn der Patient in ärztliche Behandlung kommt. Je früher, desto sicherer scheint die Heilung. Auch das ist begrifflich, wenn man sich das Wesen der Paralyse voranschaulicht.

Die Paralyse, mit der populären Bezeichnung Gehirn-erweichung, ist eine syphilitische Erkrankung. Gewöhnlich liegt die syphilitische Infektion bereits zehn oder noch mehr Jahre zurück. Daß sie überhaupt nicht stattgefunden haben könnte, wie in Patientenkreisen auch heute noch bisweilen vermutet wird, ist völlig ausgeschlossen. Man weiß heute sogar, daß die Paralyse durch die Spirochaete, den bekannten Erreger der Syphilis, hervorgerufen wird, genau wie die anderen Erscheinungen der Syphilis auch. Die Paralyse ist also keine Nachkrankheit oder Folgeerscheinung der Syphilis, wie selbst die medizinische Wissenschaft noch vor einigen Jahren glaubte, sondern eine direkte und unmittelbare Schädigung des Gehirns durch die Syphilis. Je später also die Paralyse entdeckt wird, und je später sie zur Malariabehandlung kommt, desto größer müssen die Zerstörungen sein, die von den Spirochaetennetzen in den Gehirnmassen angerichtet werden. Die Paralyse kann zwar in den meisten Fällen durch die Malaria geheilt werden. Die in dem Gehirn erfolgten Zerstörungen, die mit einem Ausfall wichtiger Gehirnfunktionen einhergehen, sind dann nicht mehr zu reparieren.

So wird verständlich, daß in vorgeschrittenen Fällen zwar keine klinische Besserung des Krankheitsbildes, doch eine Verlängerung der Lebensdauer der Patienten erzielt werden kann, daß aber ebenjotig in den Frühfällen der Paralyse die restlose Heilung möglich ist. Nach dem Bericht der Wiener Klinik blieb sogar ein Paralytiker, der sich als einer der ersten vor acht Jahren einer Malaria unterzogen hatte und seitdem überhaupt keine weitere Behandlung erfahren hat, völlig gesund. Dabei ist es üblich, im Anschluß an die Malaria, gewissermaßen als Nachbehandlung, eine Salvarsanbehandlung anzuschließen, die sich für die Dauerheilung am besten bewährt hat. Von 30 auf diese Weise behandelten Kranken blieben nach sechs bis acht Jahren 17 am Leben, 15 davon vollkommen geheilt, und nur 11 sind inzwischen gestorben, von ihnen ein Teil an anderen Krankheiten.

Man kann also mit ruhigem Gewissen behaupten, daß diese zunächst gefährliche und brutal scheinende Behandlung mit Malaria der sonst völlig unheilbaren und überhaupt nicht beeinflussbaren Paralyse erhebliche Schrecken genommen hat.

lassen sich auch Tiere hypnotisieren? Ja, auch manche Tiere lassen sich hypnotisieren, zum Beispiel das Huhn, der Krebs, die Röhrenschabe, der Hirschkäfer, vor allem auch Schlangen. Der Unterschied besteht aber darin, daß der hypnotisierte Mensch psychisch beeinflussbar ist, da er in Verbindung mit dem Hypnotiseur steht und die von diesem gegebenen Anweisungen bis zu einem gewissen Grade befolgt während die Tiere im allgemeinen, wenn man etwa von höheren Tieren wie Pferd und Affe absteht, nicht beeinflussbar sind. Deshalb spricht man beim Menschen von einer Psychohypnose (seelischen Hypnose), beim Tier von einer Mechanohypnose (mechanischen Hypnose).

Die zehn größten Inseln der Erde. Die weltweite größte Insel der Erde ist Grönland mit 2 102 100 Quadratkilometer (mehr als siebenmal so groß wie Deutschland). Dann folgen: Neuguinea mit 771 900 Quadratkilometer, Borneo mit 745 950 Quadratkilometer, Madagaskar mit 591 260 Quadratkilometer, Sumatra mit 477 800 Quadratkilometer, Japan mit 377 500 Quadratkilometer, Großbritannien mit 217 720 Quadratkilometer, Ceylon mit 179 400 Quadratkilometer, Neuseeland mit 149 900 Quadratkilometer und Java mit 126 100 Quadratkilometer.

## Der rationalisierte Präsident

Von Weare Holbrook-New York

Als Tante Kamilla mir 100 Aktien der Babbit-Cohen-Thompson-Betonröhrenmalzgesellschaft zum Geschenk machte, wurde mir erst bewußt, welche Verantwortung heutzutage so ein Wertpapierbesitzer zu tragen hat. Ich studierte den Wirtschaftsteil der Zeitungen und in schlaflosen Nächten stellte ich mir oft die Herren Babbit, Cohen und Thompson vor, wie sie in jugendlichem Uebermut über ihre Betonröhren sprangen.

Wissensdurstig stattete ich eines Tages den Büros der Babbit-Cohen-Thompson A. G. einen Besuch ab und verlangte energisch, zum Präsidenten geführt zu werden. Ich erfuhr, daß er Bleichstein heiße. „Aber wo sind Babbit und Cohen?“ fragte ich traurig. „Und wo der gute alte Thompson? Was ist aus ihm geworden?“

Kan sagte mir, daß Babbit in Europa weile, Cohen gestorben und Thompson ins Staatsgefängnis Alcatraz übergesiedelt sei. Die Sekretärin, zu der ich nun geschickt wurde, unterrichtete mich, daß sich Bleichstein bei einer Konferenz befinde. Am besten spreche ich überhaupt mit Herrn Smith, dem wirklichen Präsidenten der Aktiengesellschaft.

Herrn Smiths Sekretärin jedoch lächelte mitleidig, als sie meinen Wunsch vernahm. „Haben Sie denn nicht in den Abendblättern gelesen, daß die Babbit-Cohen-Thompson A. G. von den Vereinigten Gebrauchsröhren aufgekauft worden ist?“

„So ist also auch Herr Smith aufgekauft worden?“

„Fast vollständig“, war die Antwort. „Herr Schmalz ist der Präsident des neuen Unternehmens.“

Ich raste über den mit schweren Teppichen belegten Gang, bis ich eine Türe mit der Aufschrift „Adolf Schmalz — Privat“ erblickte. „Herr Schmalz zugegen?“ fragte ich stemelos. „Rein“, erwiderte ein blasser junger Mann, „er ist gerade bei einer Konferenz.“

„Und wann wird er zurück sein?“

Der junge Mann blickte auf eine Art Generalstabkarte, die dicht mit verchlungenen roten Linien bedeckt war. „Ich bezweifle, ob Sie ihn heute überhaupt sehen können. Unmittelbar auf seine heutige Konferenz folgt eine zweite und dann eine dritte. Er ist heute besonders beschäftigt — wegen der Verschmelzung!“

„Wegen welcher Verschmelzung?“

„Dann muß ich Herrn Schmalz auf der Stelle sprechen — noch bevor er bis zur Unkenntlichkeit verschmolzen wird“, rief ich, indem ich auf die Türkante drückte.

„Nein, nein! Im Gotteswillen!“ schrie entsetzt der junge Mann. „Herr Schmalz ist bei einer Konferenz, sage ich Ihnen. Sie können ihn nicht sprechen.“

Ungeachtet seiner Proteste öffnete ich die Tür. Er hatte recht. Herr Schmalz war nicht zu sprechen. Der prächtig möblierte Büroraum war leer. Auf dem riesigen Schreibtisch lag eine dicke Staub-schicht, die Telephone waren mit Spinnweben bedeckt und der Schreibtischkalender war um sechs Wochen im Rückstand. Mein alter Verdacht rechtfertigte sich. Der Satz: „Er ist bei einer Konferenz“ ist nichts als eine Legende für das leichtgläubige Publikum und die Sekretäre, die diese Legende verewigen, gleichen Hohepriestern, die eisernwill einen leeren Heiligenschein bewachen. „Wo ist Herr Schmalz?“ beharrte ich.

Nun brach der Widerstand des jungen Mannes zusammen. Er gestand, daß er seit vielen Monaten weder einen Präsidenten, noch einen Vizepräsidenten, noch einen zweiten oder dritten Vizepräsidenten gesehen habe. Bis nun habe die Herren noch niemand vermist.

„Aber“, forschte ich, „wer leitet das Unternehmen?“

„Das geschieht maschinell“, antwortete er. „Wir verwenden Briefformulare, Diktiermaschinen, automatische Schreibe-Tabulatoren und Verkaufsbarometer.“

„Unwesentliche Einzelheiten“, unterbrach ich ihn. „Es muß doch jemand da sein, der die Entscheidungen fällt.“

„Seitdem die Präsidenten und Direktoren verschwunden sind, treffen wir unsere Entscheidungen, indem wir Kopf oder Adler werfen. Es ist ebenso gut und weniger zeitraubend. Unser Büro-betrieb hat eben die letzte Stufe der Rationalisierung erreicht. Herr Schmalz sagte immer wieder, daß Zeit Geld ist und er führte auch aus, was er predigte. Wo immer er von einer neuen Erfindung hörte, die seinen Arbeitstag um ein paar Minuten verkürzen könnte, husch, stand sie schon in seinem Dienst. . . Er hatte zum Beispiel die Gewohnheit, beim Telephonieren kleine Kreise und Spiralen auf sein Böckblatt zu malen. Dann sah er ein, daß dies eine nicht zu rechtfertigende Vergeudung von Zeit und Energie ist, und er schaffte eine Maschine an, die automatisch kleine Kreise und Spiralen mit einer Geschwindigkeit von 600 in der Stunde zeichnet. Die letzte er